

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M.
Im voraus zahlbar, Volldruck 4,20 M.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Ferner
Frauentimme“, „Lehrling“, „Bliss in
die Bucherwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtblatte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompensations-
80 Pfennig, Reklamezelle 5.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ des abge-
druckte Wort 25 Pfennig (gültig zwei
letzte druckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellengeluche das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen Zeile
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft: Lindenstraße 2, wochentlich
von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Spezialredaktion: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65, P. O. u. Dir.-Geb. Postfach 10000 Berlin 1.

Hölz' Blutsaat geht auf!

Ein Kommunist schießt einen anderen Kommunisten nieder, ein dritter Kommunist verhaftet den Täter.

Gestern Abend schoß ein junger Bursche in der
Borghagener Straße auf ein Reichsbannerauto. Die
Insassen blieben unverletzt. Ein Passant, Paul Schulz,
aus der Friedrich-Karl-Straße, wurde lebensgefähr-
lich verletzt.

Der Täter heißt Friedrich Scharf aus Sichten-
berg, 20 Jahre alt. Ein Passant hielt ihn trotz heftiger
Gegengewehr seit bis die Polizei kam.

Der Täter ist Kommunist, das Opfer ist Kommunist,
und der Mann, der den Täter verhaftete, ist ebenfalls
Kommunist!

Gestern Abend wurde in Sichtenberg von kommunistischen
Mordbuben auf ein Wahlpropagandaauto des Reichsbanners ein
Feuerüberfall verübt.

Das Lastauto durchfuhr wenige Minuten nach 19 Uhr die
Borghagener Straße. An der Bordschwelle hielt sich eine größere
Zahl Kommunisten auf, die den Vorüberfahrenden Schimpf-
worte nachriefen. Die Wut der kommunistischen Burschen steigerte
sich nach, als ihre Provokationen von den Reichsbannerleuten völlig
unbeachtet blieben.

Wütend zog einer der Burschen eine Pistole hervor
und feuerte auf das Auto, das sich schon in einiger
Entfernung befand, mehrere Schüsse ab.

Während die Insassen des Lastautos unverletzt blieben, wurde ein
völlig unbeteiligter Passant, der 21jährige Paul
Schulz aus der Friedrich-Karl-Straße 30, durch einen Schuß in
den Rücken lebensgefährlich verletzt. Der junge Mann
fiel im Sichtenberger Hubertus-Krankenhaus auf.

Der Angeschossene steht ebenfalls der Kom-
munistischen Partei nahe.

Der Täter versuchte zu entkommen, er konnte aber ein-
geholt und der Polizei übergeben werden. Er wurde als ein
20jähriger Arbeiter Friedrich Scharf aus Sichtenberg fest-
gestellt; er ist Mitglied der kommunistischen Partei.
In seinen Taschen wurde auch die Mordwaffe sowie vier scharfe
Patronen und zwei leere Patronenhülsen gefunden. Nach seiner
Behauptung, wollte er nur einen „Schreckschuß“ (!) abfeuern. Der
Täter wird nach seiner Vernehmung durch die politische Polizei
wahrscheinlich noch heute dem Schnellrichter vorgeführt
werden.

Wie der Mordbursche gefaßt wurde.

Wie uns ein Augenzeuge hierzu noch mitteilt, wurde der
Täter, den man zunächst für einen Falkenkreuzler gehalten hatte,
von einem Passanten verfolgt und festgehalten.

Zu aller Ueberraschung stellte sich nachher auf dem
Polizeirevier heraus, daß sowohl der Revolvererschütze
wie auch sein Verfolger der kommunistischen Partei
angehören.

Bald nach dem Vorfall wurde von kommunistischer Seite in
Sichtenberg das Gerücht ausgebreitet, daß Reichsbannerleute vom
Auto heruntergeschossen hätten. Dieser Lüge konnte durch das
Geständnis des Täters schnell begegnet werden. Uebrigens
wurden die Insassen des Lastautos auf Waffen durchsucht, es wurde
jedoch nichts gefunden. Wie wir noch weiter erfahren, waren kurze
Zeit vor dem Revolveranschlag von kommunistischer Seite

mehrere Flaschen mit Salzsäure gegen das Reichs-
bannerauto geschleudert.

Die gefährlichen Wurfgeschosse zerfielen jedoch am Kastenaufschlag,
so daß glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Nach den Blutrauschreden eines Mag Hölz im Sport-
palast erscheint es nicht verwunderlich, wenn junge Kom-
munisten zu derart wahnwichtig-verbrecherischen Mitteln

greifen. Jener Bube, der seinen Revolver auf einen Reichs-
bannermann richtete und seinen eigenen Parteifreund
lebensgefährlich verletzte, wird bald im Gefängnis über die
Folgen jener Mordthat nachdenken können, deren Opfer
auch er geworden ist und die ihn zum Verbrecher wer-
den ließ.

Der Fluch der bösen Tat.

Kölnner Kommunisten stechen Nationalsozialisten nieder.

Köln, 5. September.

Die Ermordung eines Kommunisten durch einen nationalsozia-
listischen Revolvererschützer hat heute zu einer neuen Bluttat
geführt. Auf der Kalker Hauptstraße wurde gestern Abend gegen
1/10 Uhr während einer Wahlversammlung der Nationalsozialisten
der achtzehnjährige Hans Knippen als Köln-Koll von einem
Trupp Jungkommunisten überfallen und durch einen
Stich mit einem breiten Dolchmesser lebensgefährlich ver-
letzt.

Geständnis des nationalsozialistischen Mörders.

Der festgenommene Führer der nationalsozialistischen Schutz-
staffel in Köln, Kurt Conrad, hat der Kriminalpolizei gestanden,
den tödlichen Schuß auf Knochen abgegeben zu haben.

Nachdenken!

Eine Demonstration gegen Mag Hölz.

Am Freitagmorgen versuchten mehrere hundert Kommu-
nisten eine „Vorwärts“-Fiziale in Neukölln zu erstürmen.
Sie entrüsteten sich über den Bericht, den wir über die Rede
von Mag Hölz im Sportpalast veröffentlicht haben.

Warum die Entrüstung?

Der Bericht ist von Anfang bis Ende vollkommen wahr-
heitsgemäß. Es findet sich allerdings darin folgender Satz
von Mag Hölz, bei dem ein jeder zunächst fragt: ist das
wirklich wahr? Das ist dieser Satz:

„Sorgen wir dafür, daß auch in Deutschland eine GPU, daß
ihre Arbeit ausnehmen kann und die Severing, Jörgiebel
und Konsorten erschossen werden.“

Dieser Satz ist keine Erfindung des „Vorwärts“, Mag
Hölz hat ihn so gesprochen, und die „Rote Fahne“ gibt
ihn selbst in folgender Fassung wieder:

„Die Werktätigen Deutschlands werden sicher nichts dagegen
einzuwenden haben, wenn die GPU, in einem kommenden Sowjet-
deutschland die Jörgiebel, Koste und Severing er-
schossen wird.“ (Tosender Beifall.)

Die kommunistische „Welt am Abend“ jedoch hat
diesen Satz vollkommen unterschlagen, sie berichtet über die
Blutrauschrede von Hölz, als ob sie eine Festrede zu einem
Bereinsvergügen gewesen wäre.

Aus welchen Quellen kommt also die Entrüstung über
den „Vorwärts“? Rührt sie daher, weil er dasselbe berichtet
hat wie die „Rote Fahne“? Sie findet nur eine Erklärung:
die demonstrierenden Kommunisten haben angenommen, daß
Mag Hölz diesen ungeheuerlichen, verbrecherischen und doch
so unsagbar dummen Satz nicht gesprochen habe. Sie
haben instinktiv gefühlt: dieser Satz muß erfunden und er-
logen sein; denn es ist der reinste Lockspießsatz gegen die
KPD. In der Entrüstung über eine vermeintliche Fälschung
wollten sie uns die Fenster scheiben einschlagen.

Aber dieser Satz ist keine Fälschung. Mag Hölz hat ihn
gesprochen.

Dieser Satz ist wahr. Vielleicht denken nun die Kommu-
nisten, die sich über diesen Blutrauschsatz so entrüstet haben,
etwas nach. Ueber Mag Hölz, über die KPD, und ihre Füh-
rung und vor allem über sich selbst!

Herr Dietrich spricht.

Und enthüllt die Pläne der Reichsregierung.

Nachdem das Reichskabinett einmütig festgestellt hat,
daß für die Außenpolitik des Reiches die Herren Reichs-
kanzler und Reichsaußenminister verantwortlich sind, wird
voraussichtlich seine nächste Aufgabe sein, die Grenzen der
Zuständigkeit des Herrn Reichsfinanzministers festzusetzen.
Das Vorgehen Dietrichs ist allerdings von etwas anderer
Art als das von Treuherren. Herr Dietrich erzählt jetzt
öffentlich das, was seine Ministerkollegen vorläufig,
also vor den Wahlen, diskret behandeln möchten. Wir
sind ihm dafür sehr dankbar, fürchten aber, daß namentlich
die Zentrumsminister seine Reden mit ganz anderen Ge-
fühlen als mit Dank verfolgen.

Es ist nicht nur unsere Vermutung, daß die Reichs-
regierung sich über ihre Finanzpläne nicht offen aussprechen
will. Das hat Herr Dietrich selbst in seiner Mannheimer
Rede ausdrücklich festgestellt:

„Sie finden in dem Communiqué, welches die Reichsregierung
über ihre Pläne herausgegeben hat, wenn auch in etwas
diplomatischer Form, alle Fragen behandelt, die hierher
gehören.“

Das Communiqué war zweifelsohne außerordentlich
„diplomatisch“ gefaßt. Da aber jetzt feststeht, daß die Diplo-
matie ausschließlich Sache des Reichskanzlers und des Reichs-
außenministers ist, so hat sich der Herr Reichsfinanzminister
entschlossen, über die Pläne der Reichsregierung undiplo-
matisch, also auf deutsch gesagt, ehrlich zu reden.

Auf Grund dieser Rede stellen wir zunächst fest: Herr
Dietrich bestätigt alles, was wir im Finanz-
programm der Reichsregierung vermutet haben.
Die Reichsregierung plant den weiteren Abbau der Arbeits-
losenversicherung und einen Eingriff in die Mittel aus der
Hauszinssteuer, der eine geradezu katastrophale Wirkung
auf den Bauplatz haben wird. Kein Wunder, daß die
führenden Organe der Zentrumspresse seinerzeit das Kom-
muniqué der Reichsregierung ohne ein einziges Wort
Kommentar abgedruckt haben.

Im Communiqué hieß es über die Arbeitslosen-
versicherung, daß die Reichsanstalt gesichert werden soll.
„Indessen ohne daß dadurch die notwendigen Lei-
stungen gefährdet werden.“ Man konnte schon damals
erraten, daß das Wörtchen „notwendige“ in diesem Satz
sehr diplomatisch gemeint war. Herr Dietrich sagt nun ohne
Diplomatie:

„Daß wir im vorigen Winter nahezu 120 000 Arbeitslose in
der Landwirtschaft hatten, ist ein ebenso unhaltbarer Zustand wie
der, daß über 600 000 Unterstätzte im Baugewerbe den übrigen
Arbeitslosen in der Beitragszahlung und Unterstützung vollkommen
gleichgestellt werden. Ich weiß, daß diese Sache nicht von heute
auf morgen geändert werden kann, aber ohne diese Ände-
rung ist die Arbeitslosenversicherung nicht durch-
zuhaltbar.“

Die Reichsregierung hat also tatsächlich den Vorbehalt
gemacht: notwendige Leistungen, wie wir das
auffassen. Was soll nun mit den Erwerbslosen auf dem
Lande und im Baugewerbe geschehen? Alle Erwerbslosen,
die weniger als 52 Wochen vor dem Eintritt der Arbeits-
losigkeit beschäftigt waren, sind schon jetzt auf Grund der
Roterordnung bedeutend schlechter gestellt. Wie will man
nun die Arbeitslosenversicherung noch weiter „entlasten“?
Warum äußert sich nicht der Reichsarbeitsminister Steger-
wald darüber? Aus den „diplomatischen“ Gründen, wie
man nach den Ausführungen von Dietrich annehmen darf?

Nicht weniger diplomatisch äußerte sich das Communiqué
der Reichsregierung über die Hauszinssteuer. Das
Wort „Hauszinssteuer“ stand überhaupt nicht drin. Es war
von einem Programm für den Wohnungsbau mit dem
Ziel „der beschleunigten Verminderung der Wohnungsnot
der unbemittelten Schichten“ die Rede, und dann folgte der
geheimnisvolle Satz: „Die Finanzierung der größeren
Wohnungen wird auf anderem Wege durchge-
führt.“ Ein sehr wohlwollender Leser könnte den dunklen

Sonntag, 7. Septbr., **Große Kundgebung** im Sportpalast,
vormittags 10 Uhr: **Arbeiter, Angestellte, Beamte erscheint in Massen!**
Potsdamer Str. 72

Die Masken fallen!

Kommunistenführer verkündet das Bündnis mit den Faschisten. — Alles Leugnen aufgegeben.

Chemnitz, 5. September. (Eigenbericht.)

In einer hier abgehaltenen kommunistischen Versammlung äußerte sich der kommunistische Abgeordnete des Sächsischen Landtages Sindermann, Leiter des KPD-Bezirks Chemnitz-Erzgebirge, u. a. über das Aktionsprogramm der KPD. Sindermann erklärte, daß Kommunisten und Nationalsozialisten jetzt Schulter an Schulter marschieren, um die Sozialdemokratie erfolgreich bekämpfen zu können. Auf den Zwischentritt eines Sozialdemokraten führte der kommunistische Führer aus:

„Jawohl, wir geben zu, daß wir im Bunde mit den Nationalsozialisten stehen, daß wir bereit sind mit den Nationalsozialisten das bestehende sozialistische System zertümmern wollen.“

„daß wir mit den Nazis gemeinsam in Deutschland den nationalen Bolschewismus einführen wollen.“

Dann, wenn uns die Nazis im Kampfe geholfen haben, rechnen wir mit ihnen selbst ab. Nicht international, sondern national, mit den Faschisten wollen wir die deutsche Arbeiterschaft betreiben. Bolschewismus und Faschismus haben beide ein gemeinsames Ziel: Die Zerschmetterung des Kapitalismus und die der Sozialdemokratischen Partei! Um dieses Ziel zu erreichen, ist uns jedes Mittel recht.“

Wörtlich fuhr Sindermann fort: „Jawohl, wir geben zu, daß wir unsere Vertrauensleute in der Reichswehr, in der Polizei und in faschistischen Sturmabteilungen haben.“

„Jawohl, wir geben zu, daß die Rote Armee Rußlands Verbindung mit der Reichswehr hält.“

aber alles zu dem Zweck, diese Körperschaften zu zertümmern und auf ihren Trümmern die nationalbolschewistische Diktatur aufzurichten. Die deutschen Reichswehroffiziere gehen nach Rußland, damit die russischen Offiziere von der deutschen Reichswehr lernen können.“

Wie weit die kommunistisch-nationalistische Raubbrüderschaft bereits gediehen ist, beweist u. a. auch ein Vorfall, der sich dieser Tage in einer nationalsozialistischen Versammlung in Chemnitz zutrug. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Sindermann sprach dort als Diskussionsredner für seine Partei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er noch zu der kommunistischen Parole stehe: „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“ erklärte Sinder-

mann, daß er diese Parole nicht mehr aufrechthalte. Daraufhin erteilte der nationalsozialistische Vorsitzende dem Kommunisten das Wort mit der Bemerkung: Der Herr Landtagsabgeordnete Sindermann spricht jetzt unter dem Schutz der nationalsozialistischen Partei!

Gemeinsame Nazi-Kozi-Versammlungen!

Wiesbaden, 5. September. (Eigenbericht.)

In Wiesbaden halten die Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsame Versammlungen ab. Vor einiger Zeit wurde dem Führer der hiesigen Nationalsozialisten bereits in einer kommunistischen Versammlung eine Stunde Redezeit gewährt. Am Freitagabend wurde ein Kommunist in einer nationalsozialistischen Versammlung als Redner zugelassen.

Das Abkommen zwischen den rechts- und linksradikalen Rowdys wurde geschlossen, weil bei den hohen Eintrittspreisen, die von den Kommunisten und Nationalsozialisten in ihren bisherigen Versammlungen erhoben wurden, die Säle fast immer halb leer blieben. Man kam deshalb überein, das Geschäft künftig gemeinsam zu machen, indem man sich die Einnahmen aus den Eintrittspreisen teilte und die Saalmiete halb auf halb zahlte.

Wahlkampfmethoden der Nazis.

Steinbombardement gegen Wohnungen.

In Heidelberg haben nationalsozialistische Rowdys in der Nacht zum Freitag die Wohnung eines in dem Vorort Ziegelhausen wohnenden sozialdemokratischen Redakteurs mit schweren Steinen bombardiert und die Fensterscheiben zertümmert. Die Burschen sind unerkannt entkommen.

Baden für Schnapsverbot.

Entsprechend der von der Reichsregierung erlassenen Anregung hat der badische Minister des Innern auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 und der Verordnung des Staatsministeriums über den Vollzug des Gaststättengesetzes vom 7. Juli 1930 den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel mit Trinkbranntwein am Sonntag, dem 14. September, bis zum Eintritt der Polizeistunde in Baden verboten.

Die Diskussion.

„Wir schlagen die Faschisten tot und sterben für die Höhe mit man wir marschieren. Inzwischen aber laß uns mal, es braust ein Ruf wie Donnerhall, ein wenig diskutier!“

„Wir Nazis wollen das dritte Reich, ihr nennt es Sowjetdeutschland gleich, der Name ist nicht wichtig. Frei sei das deutsche Vaterland, wir schüren den nächsten Weltbrand. Die Sache wird schon richtig.“

„Wir reihen in Fehden jeden Vertrag. Ihr auch? Das gibt einen Freudentag. In die Band mit jedem Verräter!“ — So reden sie sich in Eifer und Mut und kennen einander doch gar zu gut. Und beide sagen: Später!

Dem jetzt — das Volk will Arbeit und Brot und dankt für Krieg und Heldentod. Die Zeiten sind verfloßen. Laßt ihnen ihre Diskussion! Die enden noch in Schmach und Hohn als modere Bundesgenossen. Rolly.

Bürgerpropaganda.

Aus bürgerlichen Wahlflugblättern.

Die Volkspartei an den Beiß: „Zählt du gern Steuern? Wenn nein, lies aufmerksam nachstehende Zeilen, sie gehen dich sehr an. Heran an die Deutsche Volkspartei!“ Heran an die Volkspartei, damit die Arbeiter alles zahlen müssen!

Ludendorff an sein Dugend: „Der begeisterte Wahlkampf für Wahlenthaltung ist heute der wirkungsvollste Kampf für die Rettung des Volkes!“ Erich und Rathilde werden also behaupten, alle Nichtwähler hätten begeistert für sie gestimmt.

Adolf Hitler: „So wenig die Hyäne vom Aas läßt, so wenig läßt der Mergel vom Landesverrat.“

Brüning hofft auf die Nichtwähler. Reichstagsler Brüning hat sich von dem Chefredakteur des Wolffschen Telegraphenbüros zu Wahlpropagandazwecken interviewen lassen, wobei er sich in der Hauptsache an die Nichtwähler wandte. Von ihnen erhofft er einen Zuwachs für die Regierungsparteien.

Sejmowiczmarshall Domböki ist auf den schändlichen Überfall durch Uniformtrale so schwer erkrankt, daß ihm die karge politische Tätigkeit verboten haben. Es ist erreicht!

Der ungarische Sozialistenkongreß wird auch politische Fragen erörtern, da die Polizei nur seine Anmeldung entgegenzunehmen, ihm aber nichts vorzuschreiben hat.

Die südslowakische Regierung hat den Deutschen und magyarischen Delegierten aus ihrem Lande zum Genfer Kinderarbeitkongreß die zuerst verweigerte Ausreise doch gestattet.

Sinn dieser Sätze so auffassen, daß die Reichsregierung die größeren Wohnungen auf irgendeinem anderen Wege finanzieren will, damit alle zur Verfügung stehenden Mittel aus der Hauszinssteuer für den Bau der kleinen Wohnungen verbraucht werden könnten. Dann wäre auch wirklich die Beschleunigung und Verbilligung des Baues der kleinen Wohnungen möglich. Wir wußten aber schon damals, daß die Pläne der Reichsregierung ganz andere sind und daß die Sätze über das Bauprogramm absichtlich zweideutig — in etwas diplomatischer Form! — formuliert worden sind. Jetzt sagt Herr Dietrich:

„Der Plan der Regierung geht darauf hinaus, den Wohnungsbau auf die Erbauung von Zweizimmerwohnungen mit Küche und auf ganz kleine Wohnungen zu beschränken, und dadurch einen Teil der 800 Millionen, die hierfür Beratenbung finden, freizumachen. Hier wird der entscheidende Kampf einsehen.“

Über seine eigene Stellung in diesem Kampfe sagt Herr Dietrich: „Ich werde darum kämpfen, daß die 400 Millionen locker gemacht werden.“ Diese 400 Millionen braucht Herr Dietrich für die Senkung der Realsteuern, zu denen er auch die Hauszinssteuer rechnet.

Es handelt sich also nicht darum, daß die Mittel aus der Hauszinssteuer in viel größerem Ausmaß als bisher für den Bau der kleinen Wohnungen, sondern darum, daß die Hälfte dieser Mittel überhaupt nicht für den Wohnungsbau verwendet werden sollen. 400 Millionen weniger aus der Hauszinssteuer — das bedeutet auch eine entsprechende Verminderung der Gelder aus den Hypotheken, insgesamt den Ausfall von nicht weniger als einer Milliarde Mark für den Wohnungsbau und dadurch einige Hunderttausende erwerbslose Bauarbeiter mehr, die zugleich noch geringere Arbeitslosenunterstützung beziehen sollen. Das nennt man Arbeitsbeschaffung! Herr Dietrich ist sich der Tragweite seiner Pläne bewußt, tröstet aber seine Wähler damit, daß „wenn die Wirtschaft Lust verspürt, sie weit mehr Arbeitslose ausaugen wird, als ihr durch das Baugewerbe anfallen.“ Wenn Herr Dietrich dieses Argument wirklich für richtig hält, so widerspricht er sich selbst, wenn er in der gleichen Rede für Maßnahmen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung eintritt. Er müßte eigentlich dafür eintreten, daß alle Mittel, die auf irgendwelche Weise locker gemacht werden können, zur Senkung der Realsteuern verwendet werden.

Es wäre sehr interessant, von Herrn Dietrich zu erfahren, worin er die Garantie dafür sieht, daß die Mittel, die er dem Baumarkt entziehen will, in Deutschland produktiv verwendet werden. Glaubt er vielleicht, daß die Vertrauenskrise der deutschen Wirtschaft dadurch überwunden wird, daß die Zahl der Arbeitslosen wegen der neuen Drosselung des Baumarktes noch stärker als jetzt anschwellen wird? Noch interessanter aber wäre es, zu erfahren, wie sich Herr Dietrich die Verteilung der locker gemachten 400 Millionen im einzelnen vorstellt. Hier scheint uns der Schlüssel zu seinen verdrückenden Enthüllungen zu sein.

Herr Dietrich schloß seine Rede mit allgemeinen politischen Betrachtungen, indem er insbesondere über die Sammlungsbewegung bei den Parteien sprach: „Ich rechne“, führte er aus, „in die Gruppe, die sich eines Tages zusammenfinden muß, nicht nur die Volkspartei und unsere Partei, sondern auch diejenigen, die heute der Wirtschaftspartei anhängen.“ Endlich wissen wir, wo das Staatsvolk zu suchen ist. Bis jetzt dachten wir zwar, daß in der Wirtschaftspartei die Interessentanhäufen besonders stark vertreten sind, sind aber bereit, um eines besseren belehren zu lassen. Dann verstehen wir um so leichter, für wen der berufene Führer des Staatsvolkes seine undiplomatischen Ausführungen gemacht hat. Der Abbau der Hauszinssteuer gehört doch zu den hauptsächlichsten Forderungen der Wirtschaftspartei. Das Programm von Herrn Dietrich ist das Programm für die künftige bürgerliche Partei, zu der auch die heutigen Wirtschaftsparteiler zählen sollen. Es lohnt sich schon noch, eine Sammlung zu machen, wenn man dafür an der Verteilung von

locker gemachten 400 Millionen beteiligt wird! Damit findet auch die Offenheit der Dietrich'schen Rede ihre Aufklärung. Er spricht ausschließlich für die „bürgerlichen Wähler, er braucht nicht, wie manche von seinen Ministerkollegen, auf die proletarische Wählererschaft Rücksicht zu nehmen. Er wirbt für sich, bei den Feinden der Arbeitslosenversicherung und bei den Feinden der Verwendung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau.“

Rum hat Herr Dietrich nicht bloß sein Programm entwickelt, sondern das Programm der Reichsregierung enthüllt. Er hat damit auch denjenigen, die bis jetzt daran zweifeln, den Nachweis geliefert, daß das geheimnisvolle Kommuniqué der Reichsregierung das Programm des Besitzbürgerblocks enthält. „Die Wahlperiode der Regierung“ lautet die Überschrift für die Dietrich'sche Rede in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die natürlich von den „energischen, klaren und eindeutigen Parolen“ von Dietrich begeistert ist. Uns kann das nur recht sein. Wir glauben, daß das Programm der Regierung, wie es jetzt von Herrn Dietrich enthüllt wird, die wirksamste Parole gegen diese Regierung ist, die man nur ausdenken könnte. Nicht zuletzt deshalb, weil man aus diesem Programm erfährt, was man hinter den diplomatischen Redensarten der Regierung zu suchen hat!

Oeffentliche Wählerkundgebungen.

Heute, Sonnabend, 6. September:

- 2. Kreis Tiergarten. Treffpunkt zur Demonstration im Kleinen Tiergarten pünktlich 18 Uhr. Rote Fahnen und Banner mitbringen.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Radfahrertreffen. Treffpunkt 17½ Uhr vor dem Bezirksamt, Danziger Straße 64.
- Charlottenburg und Siemensstadt. 52. und 62. Abt. Treffpunkt und Abmarsch zum Werbezug mit Musik und Fackeln 18 Uhr vom Lokal Heideberg, Siemensstadt, Rannendammallee 89. Redner: Gottlob Münzinger.
- 11. Kreis Schöneberg. 18 Uhr Platzkonzert auf dem Dürerplatz, am Wannseebahnhof Friedenau. Anschließend Werbezug und Platzkonzert auf dem Seuterplatz in Friedenau um 19¼ Uhr.
- Tempelhof, Industrieviertel. Treffpunkt zum Werbezug 18 Uhr Dorfstraße Ecke Berliner Straße. Redner Erich Ruttner, W. d. 2.
- Wiesdorf. 20 Uhr im Lokal Barwischer, Alt-Wiesdorf 64. Redner: Stadtrat Franz Stimming.
- 18. Kreis Weißensee. Radfahrertreffen. Treffpunkt 17¼ Uhr Prenzlauer Promenade Ecke Gutfraß-Adolf-Straße. Sämtliche radfahrenden Parteigenossen werden um rege Beteiligung gebeten.
- Wankow 128./130. Abt. Treffpunkt zum Werbezug mit Musik und Fackeln 18¼ Uhr Prinz-Heinrich-Straße Ecke Berliner Straße.
- Kerow. 20 Uhr im Lokal Ritz, Pantgrafenstr. 3. Redner: Stadtrat Wilhelm Reimann.
- 20. Kreis Reinickendorf. Am Sonnabend, 6. September, Kreis-Wahlkundgebung auf dem Sportplatz in Reinickendorf-West. Redner: Genosse H. Crispian. Treffpunkt für die Abteilungen

Reinickendorf-Ost, Rosenthal, Hermsdorf und Waldmannslust 17¼ Uhr in Reinickendorf-Ost, Kopenhagener Ecke Flottenstraße; für die Abteilungen Reinickendorf-West, Tege, Borjigwalde, Bittenu und Freie Scholle in Tege am Bahnhofsvorplatz 17½ Uhr.

Morgen, Sonntag, 7. September:

- 7. Kreis Charlottenburg. Demonstration im Anschluß an die Sportplatz-Rundgebung, Abmarsch 11¼ Uhr. Winterfeldtstraße Ecke Potsdamer Straße.
- 14. Kreis Neukölln. Alle radfahrenden Genossen treffen sich zur Werbezugfahrt am Sonnabend, 6. September, 18 Uhr, auf dem Reuterplatz. Sonntag, 7. September, nehmen alle Genossen an dem Werbezug in Brigg teil. Abmarsch von der Parchimer Allee um 14 Uhr, Nähe Paradieschule, Stroßenbahnlinien 27 und 29 bis Tempelhofer Weg.
- Britz-Buckow 99. Abt. Sonntag, 7. September. „Fest der Arbeit“ in Brigg in der Großstadtung mit großer Wahlpropagandistischer Abendkundgebung im festlich erleuchteten Hofeisen am Danziger-Reuter-Ring. Mitwirkende: Sprecher für proletarische Feiertunden unter Leitung von Florath, Einzelsprecher Heinz. Bütz: der junge Chor, Sprecher der freien Gewerkschaftsjugend und EZS, Kartell für Sport- und Körperpflege. Ansprache Genosse Erich Crispian. Musikführung zum Festzug 13 Uhr an der Schule in der Parchimer Allee. Alle Genossen sind herzlich eingeladen. Unkostenbeitrag 0,50 M.
- Röpenick 108. Abt. 15 Uhr im Lokal Troppens, Müggelheim. Redner: Otto Lohmer.
- Niederlehndorf 131. Abt., Bezirk Blantendorf. Pünktlich 16 Uhr Große Radlerkundgebung in Blantendorf, Lokal Siegel, Hauptstr. 13. Redner: Max Brügner.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Braun und Brüning.

Herr Brüning weicht aus.

Dieser Braun hat in einer öffentlichen Rede an den Reichskanzler Brüning die folgende klare und eindeutige Frage gestellt:

„Ich möchte, wie in der Frage der Außenpolitik, so auch hier, die Frage an den Herrn Reichskanzler richten, ob er derselben Auffassung ist wie Herr Trevisanus und ob sich die Regierung in ihrer Gesamtheit heute schon darauf festlegen will, die Mitarbeit der Sozialdemokratie abzulehnen.“

Herr Brüning hat auf diese Frage eine Antwort erteilt, die keine ist. Er hat eine Finte gebraucht. In einer Versammlung in Breslau stellte er statt einer Antwort die Gegenfrage:

„Ob die Sozialdemokratie die Möglichkeit sehe, mit einem Manne zusammenzuarbeiten, von dem es in einem sozialdemokratischen Wahlschlusssatz heißt: „Doch mit den Kernsten unserer Armen, da kennt Herr Brüning kein Erbarmen.“

Er hat also die Offenbarung persönlicher Empfindlichkeit einer sachlich politischen Antwort vorgezogen.

Zentrumspropaganda — Hasspropaganda.

Am 28. August veröffentlichte die „Oberschlesische Rundschau“, ein Zentrumsorgan, zur Wahlpropaganda gegen die Sozialdemokratie ein Bild mit der Unterschrift „Neurode“. Ein hilfloser Mann will einer weinenden Mutter und ihrem Kind Geldscheine reichen, und zwischen beide tritt ein Mann, der als Sozialdemokrat durch die Aufschrift SPD gekennzeichnet ist, um diese Spende für sich zu nehmen. Hier ist das Nachwerk:



Neurode!

Angesichts dieser widerlichen Offenbarung niedrigen Hasses, erscheint die ganze Enfrüstung des Zentrums und seiner Führer über die sozialdemokratische Wahlsituation in ganz besonderem Lichte!

Wilhelm und die Krupp-Kanonen.

Redakteur Mendel zu Geldstrafe verurteilt.

In dem Prozeß Wilhelms von Doorn gegen den verantwortlichen Redakteur der „Berliner Morgenpost“ Mendel erkannte das Gericht die Unterschrift Wilhelm I. R. unter der Vollmacht für seine Rechtsvertreter als gültig an. Die Beweisanträge des Beklagten wurden abgelehnt.

Das Gericht verkündete folgendes Urteil:

Der Angeklagte Chefredakteur Mendel wird wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 1500 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle zu einem Tag Haft für je 10 Mark verurteilt. Dem Kläger wird das Recht zugestanden, das ergangene Urteil binnen 14 Tagen in der „Berliner Morgenpost“ zu veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung führte der Richter folgendes aus: Bei der Beurteilung der Gründe mußte der Punkt ausscheiden, daß die deutsche Artillerie angeblich minderwertiger gewesen sei, als die französische. Weiterhin mußte auch die Stellung der Firma Krupp zur übrigen Rüstungsindustrie ausgeschieden werden. Wenn das Gericht diese Fragen alle hätte prüfen sollen, so wäre der Rahmen für die Beweisaufnahme viel zu weit geworden und man hätte diese Dinge heute auch gar nicht mehr bis in das Letzte hinein nachprüfen können. Der Privatkläger ist in seiner Ehre schwer beleidigt worden und hat zu seinem Schutze das deutsche Gericht angerufen. Er war, wie jeder andere Privatmann, vor Gericht zu behandeln. Wenn seine Anwälte ihm in der heutigen Verhandlung eine Sonderstellung zu schaffen suchten, so mußte das Gericht einen derartigen Versuch ablehnen.

Der beleidigende Artikel zieht zweifellos eine Parallele zwischen dieser angeblichen Beleidigung des Privatklägers und der Sklareff-Affäre. Die Sklareff-Affäre ist, wie schon damals feststand, als die Vertreter einer Gattung übelster Geschäftemacher anzusehen und schon die Parallele zwischen den Gebrüdern Sklareff und dem früheren Kaiser war für den Privatkläger schimpflich. Der Beklagte hat dem Privatkläger in seinem Artikel Hochverrat und staatsfeindliches Verhalten aus egoistischen Motiven vorgeworfen. Das war eine außerordentlich schwere Kränkung. Auch ein Mangel an ehrbarer Gesinnung ist ihm vorgeworfen worden. Auch das ist zweifellos schwer beleidigend. Der angebotene Wahrheitsbeweis des Beklagten konnte die Behauptungen, die in dem Artikel aufgestellt waren, nicht stützen. Das Gericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Politik des früheren Kaisers in der Frage der Bewaffnung des Heeres irgendwie die Interessen des Deutschen Reiches geschädigt haben kann.

Der Beklagte wollte das absolutistische Regiment des Privatklägers treffen, aber er durfte nicht soweit gehen, daß er den Privatkläger, in dem er den Vertreter eines von ihm bekämpften verfallenen Systems sah, in seiner privaten Ehre angriff.

Carol verspricht Demokratie.

Eine Erklärung dem „Daily Herald“.

London, 5. September. (Eigenbericht.)

König Carol von Rumänien erklärte dem Vertreter des „Daily Herald“ in Rumänien, daß er „seinem Volke“ die Demokratie versprochen habe und ein Kämpfer für die demokratische Regierungsreform bleiben werde. Rumänien habe jedoch die Hilfe des Auslandes notwendig und hoffe vor allem, daß England ihm seine Hilfe nicht verweigern werde.

Reparaturen in der Hedemannstraße.

Feststellung: So übel es hat während des Weltkrieges studiert, aber nicht gelämpft.



„Bringen Sie diese von der SA. zerstörten Räume in Ordnung. Für den Fall eines neuen Weltkrieges muß ich wie im vorigen ungehindert meinen geistigen Bedürfnissen obliegen können.“

Trigonen zurückgetreten.

Bizepräsident Martinez verhängt Belagerungszustand.

Buenos Aires, 5. September.

Präsident Trigonen ist zugunsten des Bizepräsidenten Martinez zurückgetreten, der die Regierung bereits übernommen hat und als ersten Regierungsakt den Belagerungszustand über Buenos Aires verhängte.

Ueber die tieferen Ursachen der argentinischen Bewegung sind unsere Leser durch den Leitartikel in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ unterrichtet. Der über 80 Jahre alte Präsident Trigonen hätte sein Amt normalerweise im Juli 1934 abgetreten. Seine diktatorische Politik, die zur völligen Ausschaltung des unbequemen Parlamentes führte, wurde ihm schließlich zum Verhängnis. Auch die Armee machte nur noch zum Teil mit. Es bleibt indessen abzuwarten, ob der Bizepräsident

Martinez den bisherigen Kurs auf die Gefahr hin, daß ein blutiger Bürgerkrieg ausbricht, fortsetzen wird, oder ob das argentinische Volk bald wieder Gelegenheit erhalten wird, seine Führer und seine Politik nach verfassungsmäßig-demokratischen Grundsätzen zu bestimmen.

Unter dem Druck der Studenten und des Kabinetts Paris, 5. September.

Hayes meldet aus Buenos Aires, daß Studenten in einem Manifest die Demission des Präsidenten Trigonen gefordert hätten, damit Blutsorgereue vermieden werde.

Das Kabinett habe dem Präsidenten den Ernst der Lage auseinandergesetzt und vorgeschlagen, einen im nationalen Interesse liegenden Entschluß zu fassen. Trigonen habe seine Entschließung bis Montag vorbehalten (und inzwischen gefast. Red.).

Genf und Paneuropa.

Gemeinsame Vorschläge Briands und Henderson über das Verfahren.

Genf, 5. September. (Eigenbericht.)

Der englische Außenminister Henderson, der am Freitag nachmittag in Genf eintraf, vereinbarte mit Briand, daß die geschäftsmäßige Behandlung des Europa-Memorandums in einer vertraulichen Sitzung der 27 an dem Memorandum interessierten Staaten festgelegt werden soll. Voraussichtlich wird die Vollversammlung des Völkerbundes einen großen Ausschuh mit der Prüfung des zu der Sache vorliegenden Materials betrauen. Der Ausschuh dürfte dann der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes nähere Vorschläge unterbreiten. Man rechnet hier damit, daß dieser Ausschuh eine ständige Einrichtung wird.

Kein Frieden in Indien!

Letzte Unterredung mit Gandhi ergebnislos.

Bombay, 5. September. (Eigenbericht.)

Zwischen Sapru, Jayapur und Gandhi hat am Freitag die letzte eine Stunde dauernde Aussprache stattgefunden. Als die Unterhändler das Geschehnis verließen, erklärten sie den Pressevertretern: Die gegenwärtigen Friedensverhandlungen sind ergebnislos geblieben. Der zwischen der indischen Regierung und Gandhi geführte Briefwechsel soll in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Gründe des Scheiterns.

Bombay, 5. September. (Eigenbericht.)

Der Briefwechsel zwischen Gandhi und dem indischen Bizekönig Lord Irwin wird nunmehr veröffentlicht. Gandhi und die beiden Repräsentanten forderten als Voraussetzung zu einem Friedensschluß die

vollständige Freiheit, eine eigene, von England vollkommen unabhängige Regierung.

Die die Interessen des Landes, noch innen sowie nach außen wahrnehmen könne; dazu die vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes. Im Falle diese Forderungen von dem Bizekönig angenommen seien, heißt es in dem amtlichen Bericht weiter, wären sie bereit gewesen, an der Konferenz mit England teilzunehmen und über Aufhebung des Boykotts gegen englische Waren und über den Widerruf des Ungehorsams zu verhandeln. Als Voraussetzungen dafür werden u. a. genannt: Freizügigkeit der politischen Meinungen, Zusammenfassung der indischen Konferenzdelegierten, Aufhebung der Salzampagne usw.

Auf diese Forderungen ließ der Bizekönig jedoch antworten, daß es unmöglich sei, in eine Diskussion über die Lösung Indiens von Großbritannien einzutreten.

Was dieser amtlichen Darstellung über den Verlauf der

Friedensverhandlungen und der Forderungen der indischen Freiheitsbewegung ist jedoch nicht klar ersichtlich, ob die nationale Unabhängigkeit von Gandhi sofort oder nur als Endzweck verlangt worden ist. Man wird nunmehr weitere Mitteilungen und Gegenüberstellungen von der anderen Seite abwarten müssen, um sich ein klares Bild über die Bedingungen der indischen Freiheitsführer machen zu können.

Sofort nach dem Bekanntwerden darüber, daß die Friedensverhandlungen abgebrochen werden, begannen auch wieder die Gesetzesübertretungen und die Angriffe auf Salzlager. Zwischen Polizei und den Hehern ist es verschiedentlich zu Zusammenstößen gekommen.

Zusammenstöße in Smyrna.

Beim Empfang des neuen Oppositionsführers.

Smyrna, 5. September. (Eigenbericht.)

Der Führer der neuartigen Opposition Fetih Bey wurde am Donnerstag in Smyrna von einer ungeheuren Menschenmenge begeistert empfangen und im Triumph durch die Stadt geführt. Als die Demonstranten im Zentrum der Stadt den Polizeidoron durchbrachen, kam es zu Zusammenstößen mit den zahlreich ausgebotenen Beamten. Mehrere Polizeibeamte wurden von der Menge verprügelt und entworfen. Erst als die Beamten mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vorgingen, konnte die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Insgesamt wurden 300 Personen verhaftet.

Liebesgaben in Dithmarschen.

Abgezogene Handgranate im Schlafzimmer.

Altona, 5. September.

Am heutigen neunten Verhandlungstag des Bombenleger-Prozesses begannen die Feststellungen bezüglich der zweiten Serie von Anschlüssen, die durch den Handgranatenwurf in der Nacht zum 6. April 1929 in Wessbüren eingeleitet wurden.

Der Zeuge, Hofbesitzer Vog aus Wessbüren, bewohnt ein villenartiges Häuschen neben dem der Familie Huesmann, das nahe dem Habbalhaus liegt. Am Morgen des 6. April fand er in seinem Hause eine nicht explodierte Stielhandgranate am Boden, die abgezogen war. Die Handgranate wurde dem Landjäger übergeben. Im Haus der Frau Da Huesmann wurde in den ersten Morgenstunden des 6. April ein harter Gegenstand durchs Fenster ins Schlafzimmer geworfen, den ein Kontaur als Handgranate bezeichnete. Auch ihr war es nötig rätselhaft, wer den Anschlag ausgeführt haben könnte. Es trat dann eine Verhandlungspause ein. Beim Wiederbeginn der Sitzung erschien als nächster Zeuge Landrat Dr. Köpcke-Neube, der im Kreishaus wohnte, auf das in der Nacht vom 23. Mai ein Anschlag verübt wurde. Der Sachschaden wird auf 6750 M. beziffert. Die an den Nebenhäusern entstandenen Schäden habe das Landratsamt mit 1680 M. etwa zur Hälfte übernommen.

„Land ohne Arbeitslose“.

Wie Kommunisten Arbeitslosigkeit beseitigen.

Wir haben kürzlich die grobe Fälschung der „einzigen kommunistischen Zeitung“ Berlins angezapft, die eine Notiz der Pressenachrichten des Internationalen Arbeitsamtes so „redigierte“, daß daraus über eine Million Arbeitslose in Rußland verschwand. Worauf das Fälscherblatt dann dreist ausrief, Sowjetrußland sei das einzige Land ohne Arbeitslose. Wie sieht es damit tatsächlich aus?

In Rußland gab es im Januar 1930 — nach der russischen Arbeitslosenstatistik — 1.311.000 eingetragene Arbeitslose. Als arbeitslos kann in Rußland nicht jeder Arbeitslose eingetragen werden; in Frage kommen hierfür nur solche Leute, die von den Arbeitsämtern als arbeitslos anerkannt werden. Die Zahl der nicht eingetragenen Arbeitslosen ist um ein Vielfaches höher als die der eingetragenen. Ungeheuer groß ist die Gruppe der Arbeitslosen, denen man in Rußland unterstellt, daß sie nicht ernsthaft als Arbeitssuchende betrachtet werden können. Unter die sogenannten Nichtarbeiter fällt sogar eine große Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

In Rußland werden

die Arbeitslosen künstlich unsichtbar gemacht.

Schon 1924 strich das Arbeitsamt in Leningrad 116.956 Personen einschließlich 34.407 Gewerkschaftsmitglieder aus den Listen als Arbeitssuchende. Die Bedingungen für die Eintragung in die Arbeitslosenlisten wurden von Jahr zu Jahr schärfer. Auf Grund einer Verordnung des Kommissariats für Arbeit am 13. Juli 1929 mußten folgende Arbeitslosengruppen endgültig aus den Listen der Arbeitssuchenden gestrichen werden:

a) Personen, die nicht stimmberechtigt sind, mit Ausnahme derer, die während der letzten fünf Jahre bei produktiver Arbeit beschäftigt waren und ihre Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben. Die Gewerkschaftsmitglieder unter ihnen werden mit dem Tage aus den Listen gestrichen, mit dem sie aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen sind. Nichtgewerkschaftsmitglieder werden mit dem Tage gestrichen, an dem dem Nachwachstumsausschuß zur Kenntnis kommt, daß sie kein Stimmrecht mehr besitzen. Familienangehörige der nicht stimmberechtigten arbeitslosen Arbeiter sind gleichfalls aus den Listen des Arbeitsamtes zu streichen.

b) Personen, die zwar noch stimmberechtigt sind, aber Arbeitnehmer mit der Absicht auf Gewinn gegen Entgelt beschäftigt oder aus Geschäften oder anderen Quellen ein Einkommen beziehen, das nicht als Lohn- oder Gehaltsverdienst betrachtet werden kann. Familienangehörige der Arbeitslosen dieser Gruppe werden gleichfalls aus den Listen gestrichen.

wenn sie nicht ihre volle Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben

und mindestens fünf Jahre bei produktiver und für die Gemeinschaft nützlicher Arbeit beschäftigt waren;

c) arbeitslose Arbeiter, die sich in den Räumen der Arbeitsämter ungebührlich benommen haben (wieviel Rotfrontler und Kaputtisten blieben nach diesem System wohl in Deutschland noch als eingetragene Arbeitslose übrig?) und deswegen gerichtlich belangt sind.

Ferner arbeitslose Mitglieder in den nachstehend aufgeführten Gruppen für höchstens zwölf Monate:

a) arbeitslose Arbeiter, die im Handel, einschließlich des Hausierhandels, beschäftigt sind;

b) arbeitslose Arbeiter, die ein Einkommen besitzen, das für ihren Bedarf und den ihrer Familie ausreicht;

c) arbeitslose Arbeiter, die vom Gericht oder von den öffentlichen Behörden wegen wiederholter Verstöße gegen die Satzungen der Arbeitsämter verurteilt sind. Bei Ablauf des Zeitraums, während dessen ihre Namen aus den Listen gestrichen sind, können diese Arbeiter am Ende der Liste wieder eingetragen werden.

Die Bedeutung dieser künstlichen Einschränkung der Zahl der Arbeitslosen wird erst dann völlig klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß

der nicht eingetragene Arbeitslose in Rußland vollständig entrechtet ist.

Und aus diesem furchtbaren Zustand macht nun die kommunistische Presse in Deutschland ein russisches „Arbeiterparadies“. Sie läßt, es gebe nach den Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes in Rußland nur noch 42.700 gelernte oder ungelernete Arbeitslose.

Wenn Moskau mit seiner Auswahl von anerkannten Arbeitslosen aus dem großen Heer der wirklichen Arbeitslosen so fortfährt wie bisher, dann wird in Rußland die Arbeitslosigkeit bald vollständig unsichtbar gemacht sein; denn wenn schon Hunderttausende von gewerkschaftlich organisierten aus den Listen der Arbeitssuchenden einfach gestrichen werden, dann kann man todsicher damit rechnen, daß die unorganisierten Arbeiter in Rußland im Fall von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr für die Zählung in Frage kommen.

In Deutschland versucht man die Arbeitslosenstatistik möglichst zu verfeinern und genau zu gestalten. Zu diesem Zweck wird jetzt eine besondere Wohlfahrtsdienstlosenstatistik durchgeführt. In Sowjetrußland macht man das Gegenteil. Das ist nicht Arbeitslosenpolitik, sondern Humbug.

Gewerkschaften und Reichstagswahl.

APD, Halenkrenz, Unternehmer gegen Sozialdemokratie.

Vom Bezirkssekretariat des ADGB für Berlin-Brandenburg wird uns geschrieben:

In kommunistischen Kreisen herrscht darüber große Aufregung, daß die Gewerkschaften sich bei dieser Wahl voll und ganz hinter die Sozialdemokratische Partei stellen und die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert haben, ihre Stimme am Wahltag der Sozialdemokratischen Partei zu geben. Wie der Bundesvorstand und Ausschuß des ADGB, hat sich auch der Bezirksausschuß in einem Rundschreiben an die Ortsausschüsse dahingehend ausgesprochen. Einzelne kommunistisch eingestellte Ortsausschüsse, wie z. B. in dem Ort Zielentz, wendeten sich dagegen. Das könnte man noch hinzunehmen, aber sie berufen öffentliche Gewerkschaftsversammlungen ein, und hier kommt der wahre Charakter der Aufregung zum Vorschein. In einer solchen Versammlung, die in Zielentz stattfand, waren außer Halenkrenzler auch Arbeitgeber und ein Arbeitgebersyndikus zugegen. Hier wurde nun von seinen Ortsausschußvorsitzenden in allen Tonarten gegen die Gewerkschaften losgezogen. Als am Schluß der Versammlung ein gewerkschaftstreues Mitglied ein hoch auf die freien Gewerkschaften ausbrachte, stimmten die meisten Anwesenden dem zu, jedoch der Ortsausschußvorsitzende sowie ein anwesender kommunistischer Reichstagskandidat und ihr Anhang im Verein mit dem Arbeitgebersyndikus schrien: „Nieder!“

Aus dieser Tatsache geht erneut hervor, wie recht es in dem Rundschreiben des Bezirkssekretariats heißt:

„Nationalsozialistische und kommunistische Hausen ziehen durch die Straßen und rufen: „Nieder mit den freien Gewerkschaften!“

andererseits, wie recht es ist, daß die freien Gewerkschaften sich in diesem Wahlkampf für die Stärkung der Sozialdemokratie einsetzen müssen.

In manchen Versammlungen kommen kommunistische Redner zu kuriosen Ansichten. In einer Versammlung in Pr.-Friedland sagte der Kommunist Siegenhagen aus Hammerstein: „Wir wollen ja gar keine Stimmen, wir wollen nur das Volk aufklären.“ Auch das ist ein weiterer Beweis dafür, daß jeder Gewerkschaftler am 14. September Liste 1 wählt.

Nationalkommunistische Wandlungen.

Unorganisierte APD-Nazis gegen Organisierte.

Die Sektionsleitung der im Gesamtverband organisierten Kraftfahrer hatte ihre erwerbslosen Mitglieder zu einer Versammlung in den Rosenhaller Hof geladen. Zur gleichen Zeit hatte der sogenannte Erwerbslosenausschuß (Zentrale der APD) eine allgemeine Versammlung der erwerbslosen Kraftfahrer nach Havellands Festhallen einberufen. Dem Ruf der Organisation folgend, waren die Kraftfahrer in den Rosenhaller Hof gekommen, obwohl die „revolutionäre Gewerkschaft“ (gleichfalls Zentrale der APD) aufgefordert hatte, diese Versammlung nicht zu besuchen.

Buchert wies in seinen einleitenden Worten auf die Ursachen der Erwerbslosigkeit, entstanden durch Nationalisierung, Proflwirtschaft und Interessenpolitik des Weltkapitals, gebührend hin. Besserung könne nur erfolgen, wenn alle Kollegen ihre Klassenlage erkannt haben und in den freien Gewerkschaften für die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftskämpfe.

In der Diskussion verhielten sich zwei Anhänger der APD vergeblich, die Versammlung für ihre Tiraden zu begeistern. Große Hysterie erreichte ein Mitglied der APD, der erklärte, er sei

noch vor drei Wochen stammer Nationalsozialist gewesen, nun aber gehöre er mit Leib und Seele der APD an.

Er konnte auch wirklich den Nachweis führen, daß er schon eine Woche Mitglied der APD und sogar „schon“ drei Wochen

gewerkschaftlich organisiert ist. Er entwickelte ein nationalsozialistisch-kommunistisches Programm, das leider einen frühzeitigen Abschluß dadurch fand, daß die Versammelten ihm das Wort entzogen.

Seht heute die kommunistische Volksseele über. Telefonisch wurde bei der Versammlung der revolutionären Unorganisierten Hilfe angefordert. Fünf Minuten später, nachdem Buchert die Versammlung mit einem Appell an die Wahlpflicht der Kollegen geschlossen hatte, trat der Stütztrupp der „revolutionären Unorganisierten“ ein. Da sich die Stütztruppen in dem fast geräumten Saal wie richtige „Revolutionäre“ gegenüber einigen noch anwesenden Kraftfahrern betrugten, sorgten einige Schupobeamte für ihre schleunige Hinausbeförderung.

Die Beamten als Wähler.

Der echte Beamte wählt Liste 1.

In einer eindrucksvollen öffentlichen Wählerversammlung der Beamten, zu der die Sozialdemokratie Donnerstagabend nach den Russischen ausgerufen hatte, gab die vorwärtsstrebende Berliner Beamenschaft ihren Willen kund, mit beizutragen, daß durch die Wahl am 14. September mit der ehernen Regierungspolitik, die sich rücksichtslos gegen die arbeitende Bevölkerung richtet und dem Besitzbürgertum Vorteile auf Vorteile zuschanzt, Schluß gemacht wird.

Der Referent Genosse Dr. Böcker vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zeigte in systematischer Reihenfolge die arbeitnehmerfeindlichen Handlungen der Bürgerblockregierung auf, die sich entweder indirekt oder direkt ebensogut gegen die Beamten richten, wie gegen die Arbeiter und Angestellten.

Das Rotopfer der Festbesoldeten ist nur ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die sich gegen die Angestellten wie auch gegen die Beamten richten. Die Frage der Besoldung ist eng verknüpft mit der Regierungspolitik durch die Gestaltung des Haushaltes. Das Rotopfer der Beamten, durch das die gering bezahlten Beamten bedeutend stärker belastet werden als die höher bezahlten, ist weiter nichts als ein verheerender Abbau der Beamtengehälter. Die Brüning-Regierung hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie beabsichtigt, diese anfänglich als vorübergehende Maßnahme bezeichnete Gehaltskürzung in eine dauernde umzuwandeln. Die bekannte Unterscheidung zwischen

„unechten“ und „echten“ Beamten.

die von der Regierung zur Zeit propagiert wird, eröffnet gleichfalls neue Perspektiven hinsichtlich der zukünftigen Stellungnahme der Bürgerblockler zum Berufsbeamten. Die Beamten müssen sich darüber klar sein, daß eine Unterstützung der Rechtsparteien, von der Deutschnationalen Volkspartei angefangen bis zur Staatspartei, die Stärkung des beamtenfeindlichen Brüning-Blocks bedeutet.

Für eine gerechte Besoldung der Beamten, für die Wahrung und den Ausbau ihrer Rechte, für die Erhaltung des Berufsbeamten-tums hat sich die Sozialdemokratie stets mit allem Nachdruck und größtenteils mit Erfolg eingesetzt. Für jeden Beamten, der an der Erhaltung des Berufsbeamten-tums, an dem Ausbau der Beamtenrechte und damit der Sicherung seiner und seiner Familienexistenz interessiert ist, kann es am 14. September nur eine Entscheidung geben: für die Liste 1, der Sozialdemokratie.

Herunter mit der Arbeitszeit!

Buchdrucker bereiten sich zum entscheidenden Kampf vor.

Amsterdam, 5. September. (Eigenbericht.)

Auch der Internationale Buchdruckerkongress, dessen Tagung in Amsterdam am Freitag zu Ende ging, hat sich in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des IGB und nach dem Arbeitszeitverlängerungsappell der Metallarbeiterinternationale nun ebenfalls mit schärfstem Nachdruck für Arbeitszeitper-

fürzung eingesetzt. In einer einstimmig angenommenen Entschliebung fordert er Verkürzung der Arbeitszeit ohne Herabsetzung der Löhne. Das Internationale Sekretariat wurde verpflichtet, in Gemeinschaft mit dem IGB, die Vorbereitungen für einen entscheidenden Kampf um weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu treffen.

Die von Fülle-Berlin zur Verhelfungsfrage vorgelegten Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Ebenso stimmte der Kongress einem Antrag des Deutschen Buchdruckerverbandes zu, der sich für die Zulassung des Verbandes der deutschen Buchdruckerhilfsarbeiter zur Internationale einsetzt. Die Beiträge zur Internationale werden künftig wieder auf Goldbasis berechnet. Ein Antrag auf Erhebung eines Einheitsbeitrages wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Sitz der Internationale bleibt in Bern. Zum internationalen Sekretär wurde einstimmig wieder Grundbacher-Bern gewählt. Die Sekretariatskommission besteht fortan aus fünf statt aus vier Mitgliedern, nämlich aus Deutschland, Holland, Tschechoslowakei, Frankreich und Schweden.

Bergarbeiter kündigen Mehrarbeit.

Beschluß des Bergbauindustriearbeiterverbandes.

Bochum, 5. September.

In einer Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter in Bochum wurde heute die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens für den Ruhrbergbau beschlossen. Eine Besprechung mit den übrigen Bergarbeiterorganisationen sollte am Samstag, dem 6. September, stattfinden, ist aber auf die nächste Woche verschoben worden. Das Abkommen ist befristet erloschen am 1. Oktober 1930 zum 1. Dezember kündbar. Die Absicht der Kündigung des Abkommens muß jedoch 14 Tage vor dem Kündigungsdatum, also spätestens am 17. September, dem Zechenverband mitgeteilt werden.

Essen, 5. September.

Eine vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands nach Essen einberufene Ruhrkonferenz sprach sich nach eingehender Verhandlung für Annahme des Lohnschiedspruchs im Ruhrbergbau aus und beauftragte die Leitung des Gewerksvereins, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Auch ersucht die Konferenz den Gewerksverein, unverzüglich mit den übrigen Bergarbeiterverbänden zum Zweck der Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau in Fühlung zu treten.

Ueberfall auf Gewerkschafter.

Herr Weiser, Inhaber des Lokals „Engelhardt Bierhaus“, Münzstraße Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, hat in seinem befristeten Lokal, wie wir schon berichteten, Elemente stationiert, die vor keiner Gewalttat zurückschrecken, um die Aufklärung über die Ursachen des Streiks an das Publikum zu verhindern. Nachdem die Polizei die Streikposten wegen Verkehrsbehinderung entfernen hatte, werden durch organisierte Arbeiter Handzettel zur Aufklärung verteilt. Am Montagmorgen wurde ein solcher Zettelverteiler Edu Klein Alexander und Münzstraße von drei Rowdys überfallen. Während einer versuchte, die Zettel zu fesseln, versuchte ein anderer den Zettelverteiler niederzuschlagen. Unzweifelhaft gehörten auch diese drei zu der „Schutztruppe des Unternehmers Weiser“, die er in seinem Lokal stationiert hat. Die organisierte Arbeiterschaft wird gebeten, die Zettelverteiler und die Streikposten vor diesen Rowdys zu schützen. Der Streik dauert unverändert fort.

Berliner Friseurgehilfen für Liste I.

Die gut besuchte Versammlung der Friseurgehilfen am 4. September befachte sich eingehend mit den Verschlechterungen der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung. Die Aufforderung des Referenten Ratuschke, am 14. September nur für Liste 1 zu stimmen und alles daran zu setzen, daß der Sieg der Sozialdemokratie zu Falle, fand gegen vier kommunistische Stimmen begeisterte Zustimmung.

Der von einigen Innungen geplante Abbau der an und für sich schon armen Lohn- und Gehaltsätze, stößt auf entschiedene Abwehr. Auch die geplante Verlängerung der neunstündigen Arbeitszeit wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt. Eingehend wurde dabei das schädliche Treiben der kommunistischen „Opposition“ erörtert, die mit ihren besonderen, von acht bis zehn Mann besetzten öffentlichen „Massenversammlungen“ den Scharfmachern in den Innungen Wasser auf die Mühle leiten und einen Keil in die Schiffschiff zu treiben suchen.

Achtung, Friseurgehilfen! Für Verbandmitglieder gesperrt!
A. E. H. W. e. 1, Hennigsdorf, Feldstr. 72.

Achtung, Signal- und Bekleidungsarbeiten der U-Bahn! Dienstag, 16. Uhr, in den Rummelfäden, Erlower Str. 1-4, freigelegte öffentliche Mitteilungsversammlungen. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung müssen alle Kollegen unbedingt erscheinen.
J. W. Dr. Dietrichmann, M. Hof.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Morgen, Sonntag: Wir beteiligen uns am „Reiz der Arbeit“ in Brk. Zechpunkt zur Demonstration um 14 Uhr an der Schule Pachtmer Allee. — Am 20. und 21. September findet ein Jugendtreffen in Rantfurt an der Ober-Alt. Anmeldungen sind bis Freitag, 12. September, in der Zentralabteilung. — Gruppe Südwest: Samstag 19 Uhr vom Halleschen Tor zum „Reiz der Arbeit“ in Brk.

Besamtverpflichtet für Politik: Dr. Curt Geeser; Wirtschaft: G. Minnertshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Gleiser; Freizeitsport: R. G. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Rarhödt; Anzeigen: Th. Glade; förmlich in Berlin, Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Für die tägliche Pflege

der Haut

ist die Qualität Ihrer Waschtischseife immer entscheidend. Deshalb verwenden Sie ein Produkt, dessen auserlesene Beschaffenheit in allen Verbraucherkreisen gerühmt wird:

Dr. DRALLE'S Lavendelseife

Große Runde Form, RM. 0,75

Wie in Berlin gewählt wird.

Von 8-17 Uhr. - Amliche Stimmzettel. - Das Kreuz in den ersten Kreis!

Der Magistrat erläßt eine Bekanntmachung über die Reichstagswahl am 14. September 1930. Alle Kräfte müssen bis zum letzten Tag angeleitet werden, um noch alle Launen und Zornstößen auszuräumen und für die Liste 1, die Liste der Sozialdemokratie zu gewinnen.

Gewählt wird in der Zeit von 8 bis 17 Uhr (8 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.) in den von den Bezirksämtern vom 6. d. M. ab durch Säulenanschlag zur Kenntnis gedruckten Abstimmungsräumen. Der Anschlag bleibt bis zum 14. September einsehbar an den Säulen. Aus diesen Bekanntmachungen wollen die Stimmberechtigten ihren zuständigen Abstimmungsraum selbst feststellen.

Die Stimmabgabe kann nur in dem Abstimmungsraum des Stimmbezirks erfolgen, in dessen Stimmliste der Stimmberechtigte eingetragen ist. Ausgenommen sind Inhaber von Stimmzettel, die in einem beliebigen Stimmbezirk ihre Stimme abgeben können. Jeder Stimmberechtigte muß zur Stimmabgabe persönlich im Abstimmungsraum erscheinen; eine Stellvertretung ist unzulässig. Die Stimmzettel für die Wahl sind amtlich hergestellt und werden am Abstimmungstage im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt. Sie enthalten sämtliche zugelassenen Kreiswahlvorschlüge mit Angabe ihrer Nummer, den Namen der Partei und - soweit vorhanden - die Namen der erster oder zweiter jedes Wahlvorschlages. Als Ueberschrift führen die Stimmzettel die Bezeichnung: „Reichstagswahl“ und den Wahlkreis. Nur diese amtlichen Stimmzettel dürfen bei der Wahl verwendet werden.

Getrennte Stimmzettel für Männer und Frauen.

Von den Stimmzetteln trägt ein Teil die Bezeichnung „Stimmzettel für Männer“ in schwarzem Ausdruck, ein Teil die Bezeichnung „Stimmzettel für Frauen“ in hellbraunem

Ausdruck. Das hat zu bedeuten, daß jeder männliche Stimmberechtigte einen Stimmzettel mit dem Aufdruck „Stimmzettel für Männer“, jeder weibliche Stimmberechtigte einen Stimmzettel mit dem Aufdruck „Stimmzettel für Frauen“ erhält. Dieser auf dem Stimmzettel befindliche, für Männer und Frauen verschiedene Ausdruck dient lediglich statistischen Zwecken.

Das erste Feld wird angekreuzt.

Der Wähler muß im Stimmzettel den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, in einwandfreier Weise kennzeichnen. Das Volk von Berlin setzt das Kreuz in den ersten Kreis und gibt damit seine Stimme der Liste 1, der sozialdemokratischen Liste.

In der Wahlzelle darf sich der Stimmberechtigte nur solange aufhalten, als erforderlich ist, um den Stimmzettel zu kennzeichnen, ihn zu falten und in den Umschlag zu legen. Die weisen hierbei darauf hin, daß - mit Ausnahme des in Ziffer 3 aufgeführten Falles - sich stets nur eine Person in der Wahlzelle aufhalten darf. In alle Wähler wird die Bitte gerichtet, ihr Wahlrecht, soweit möglich, bereits am Vormittag auszuüben. Zur Beschleunigung des Abstimmungsgeschäftes wollen die Stimmberechtigten die Auffindung ihres Namens in der Stimmliste dadurch erleichtern, daß sie zuerst ihre Wohnung und dann ihren Namen nennen. Gleichzeitiges Erscheinen zusammengehörender Familienmitglieder beschleunigt ebenfalls die Abfertigung. Die Mitnahme geeigneter Ausweispapiere wird empfohlen.

Anträge auf Ausstellung von Stimmzetteln können - § 11 der Reichstimmordnung - bei den zuständigen Bezirksämtern (Bezirkswahlämtern) nur bis zum 2. Tage vor der Abstimmung, d. h. bis zum 12. September 1930, 19 Uhr (7 Uhr abends), gestellt werden. Nach dieser Zeit gestellte Anträge können in keinem Falle mehr berücksichtigt werden.

Bluttat im Zentrum Berlins.

Den Schwager im Streit erschossen.

Ein blutiger Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch der Klärung bedarf, spielte sich gestern abend in der Wohnung des 35jährigen Elektrikers Bruno Werner in der Neuen Königstraße 86 ab. Werner empfing gegen 19 Uhr den Besuch seines Schwagers, des 25jährigen Kaufmanns Josef Andrejewsky, der aus Polen kam. Zwischen den Männern kam es zu einem schweren Streit, in dessen Verlauf Andrejewsky eine Pistole hervorholte und auf seinen Schwager zwei Schüsse abfeuerte. Von einer Kugel in den Kopf getroffen, sank Werner tot zu Boden. Andrejewsky und der Bruder des Erschossenen, der an dem Streit mit seinem verhängnisvollen Ausgang beteiligt gewesen sein soll, wurden von der Kriminalpolizei festgenommen.

Der verunglückte Pilot gefunden.

Die Maschine im Nebel an eine Felswand gestoßen.

Garmisch, 5. September.

Am Freitag vormittag ist es einem Bergsteiger gelungen, von Garmisch aus zu den Trümmern des vermißten österreichischen Verkehrsflugzeuges „L. 3“, das am Osthang des Rotenkopfes von Fliegern gesichtet worden war, vorzudringen. Der Bergsteiger fand den Führer des Flugzeuges, Major Paul Stollpinger, tot

und zum größten Teil verkohlt unter den Trümmern der Maschine vor.

Nach einer Meldung der Oesterreichischen Luftverkehrs-Gesellschaft ist das Flugzeug „L. 3 „Taube“ etwa 6 Kilometer nordöstlich von Garmisch-Partenkirchen nach der Lage der Trümmer zu schließen, in dichtem Nebel gegen eine Felswand gestolzen, wobei der Benzinbehälter der Maschine explodierte und die Maschine in Brand geriet. Das Flugzeug ist sofort in Flammen aufgegangen und bis zur Kabine verbrannt. Der Flugzeugführer, der sich als einziger in der Maschine befand, muß sofort tot gewesen sein.

Haus in die Luft gesprengt.

Furchtbare Folgen einer Explosion.

Bad Kösen, 5. September.

In einem Hause in der Rudelsburger Promenade entstand eine furchtbare Explosion. Nach einem ohrenbetäubenden Knall stand sofort das ganze Haus in Flammen und brach auseinander. Die Bewohner konnten sich wie durch ein Wunder retten. Das Feuer sprang schließlich noch auf das Nachbarhaus über, das gleichfalls vernichtet wurde. Ueber die Entstehungsurache der Explosion ist noch nichts bekannt.

Ozeanflieger v. Gronau bei Hoover. Der Ozeanflieger v. Gronau und seine Begleiter wurden am Freitagmorgen in Washington von Präsident Hoover empfangen.

Billiges Fleisch her!

Magistrat süßet Beschwerde beim Reichsanwalt.

Da der Zeitpunkt der Einstellung der Gefrierfleischfabrik vor der Tür steht und der Ernährungsminister trotz seines Versprechens noch keine Maßnahmen für die verbilligte Fleischversorgung der minderbemittelten Bevölkerung getroffen hat, hat sich der Magistrat der Stadt Berlin beschwerdeführend an den Reichsanwalt gemeldet.

Die Stadt Berlin ist um die Ernährung seiner minderbemittelten Bevölkerung, seiner Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten (fast eine halbe Million) im kommenden Winter sehr beorgt. Schon seit Monaten wird erfolglos über die verschlechterte Fleischversorgung debattiert. Nach der übereinstimmenden Auffassung der Sachverständigen ist es nicht durchführbar, für das hochwertige, aber billige Gefrierfleisch einen vollständigen Ersatz an deutschem oder dänischem frischem Fleisch zu liefern, ohne daß dem Reich sehr erhebliche, zur Zeit nicht tragbare Aufwendungen (zirka 60 bis 70 Millionen Mark jährlich) entstehen.

Wie wir weiter erfahren, hat der Deutsche Städtetag sich dem Vorgehen Berlins angeschlossen und ebenfalls eine entsprechende dringliche Eingabe an die zuständigen Regierungsstellen gerichtet.

Hungersnot in San Domingo.

Die Leichen können nicht beerdigt werden.

Washington, 5. September.

Die aus Santo Domingo gemeldeten Verlustziffern von rund 1000 Toten und 2500 Verletzten beziehen sich nur auf die Stadt selbst. Aus dem Landesinneren, wo ebenfalls große Verluste befürchtet werden, sind noch keine Einzelheiten bekannt. Der Associated Press wird aus Santo Domingo aus einer anderen Quelle gemeldet, daß fünftausend Personen verlegt seien. Von zehntausend Häusern seien nur vierhundert stehen geblieben. Die Zahl der Toten sei nicht einmal ungefähr schätzbar, da zahlreiche Tote noch unter den Trümmern begraben liegen. Bisher wurden achthundert Leichen geborgen. Der Versuch, die Toten zu beerdigen, mußte als hoffnungslos aufgegeben werden. Man mußte zu Massenverbrennungen übergehen. Die Hilfsmaßnahmen der offiziellen und der privaten Kreise schreiten mit größtmöglicher Schnelligkeit fort. Das amerikanische Marinefahrzeug „Hebe“ III mit Lebensmitteln nach Santo Domingo unterwegs, zwei weitere Dampfer sollen Ärzte, Krankenschwestern und Medikamente bringen.

Die dominikanische Republik ist von einer Hungersnot bedroht und die Arbeiten der Hilfsorganisationen sind durch den Mangel an Verbandzeug und Medikamenten außerordentlich erschwert.

Explosion in einer Groß-Wäscherei.

Im Betriebe der Köpenicker Genossenschaftswäscherei, Freiheit 12 in Köpenick, explodierte gestern unter heftiger Detonation ein Kochkessel. Drei Angestellte erlitten erhebliche Kopfverletzungen. Im Hause Rollendorferstr. 21 entstand gestern abend ein gefährlicher Kellerbrand. Die Flammen fanden an Kisten, Verpackungsmaterialien usw. reiche Nahrung und griffen schnell um sich. Starke Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten. Drei Löschzüge waren unter Leitung des Oberbaurates Spohn mehrere Stunden lang mit der Bekämpfung des Feuers beschäftigt.

„Platz der Arbeit!“ ist das Thema eines Vortrages, den der Vorsitzende des A.N.-Bundes, Siegfried Aufhäuser, am Sonnabend, dem 6. September, 18 Uhr, im Rahmen des Arbeiter-Sonntags auf der Deutschen Welle (Königswusterhausen) halten wird.



Er stand auf. Sie kam zu ihm, und als er beide Hände auf ihre Schultern legte, bemühte sie sich, den Widerwillen, der bei dieser Berührung in ihr aufstieg, zu verbergen. Er schüttelte seinen großen, kahlen Schädel. Er sah unglücklich aus, und sein Blick war der eines alten Mannes. „Nischt“, sagte er; „nischt! Kann man eben nischt machen. Du meinst es gut, aber du hast kein Feuer in dir. Ja, Kind, verstehst du denn nicht - es gibt Frauen, die so viel Leidenschaft in sich haben, daß sie 'nen Mann, der so niedergeschlagen heimkommt wie ich heute, einfach - na, der Mann würde eben all seine Sorgen einfach vergessen in der Liebe - in wirklicher, leidenschaftlicher Liebe - Frauen, die sich nicht schämen, 'nen Körper zu haben... Aber, mein Gott! Es ist ja nicht deine Schuld. Ich hätte gar nichts sagen sollen. Es gibt 'ne Menge Frauen wie du. Mehr als einer hat mir schon gestanden, wenn er nur erst mal 'n paar Gläschen hinter der Binde hatte, daß seine Frau genau so ist. Man kann dir keinen Vorwurf machen, aber - es tut mir leid... Nach dir nichts aus all dem, was ich da gesagt habe, wie ich da vorhin hereinkam. Mir war so entsetzlich heiß, und ich war so verärgert, da muß ich eben mit irgend jemand über irgend etwas reden... Warte nicht mit dem Abendbrot auf mich. Wenn ich bis sieben nicht hier bin, dann geh ruhig essen. Leb wohl!“

2.

Sie wußte bloß, daß um sechs eine girrende Frauenstimme am Telefon fragte, ob Herr Eddie Schwirz schon von seiner Reise zurückgekommen sei. Daß er selbst erst nach Mitternacht wieder erschien. Daß mit Schnapsgeruch geschwängerte Luftwellen sein Rauchen ankündigten. Daß morgens ein großer Buderfeld auf der rechten Schulter seines Rockes zu sehen war, und daß er ihr gegenüber nicht so zärtlich tat wie sonst. Ihr Mitleid für ihn schwand. Aber sie entdeckte, daß sie weder eifersüchtig, noch empört war - bloß gleichgültig.

Er erzählte ihr beim Frühstück, daß er mit seinem ge-

wohntem Scharsinn recht gehabt habe. Als er ins Büro gekommen war, habe man ihn entlassen.

„Bin abends mit ein paar Geschäftsfreunden aus gewesen - muß jetzt alle Hebel in Bewegung setzen“, sagte er. Sie antwortete nichts.

3.

Sie hatten nicht ganz zweihundert Dollar zum Leben. Doch Herr Schwirz ließ nach hundert von seinem Freund Burke Mc. Cullough und ließ sich augenscheinlich an Whisky und Zigarren und Dampfzählern nichts abgehen. Von ihrem Zimmerfenster aus sah Lina ihn die Straße überqueren und in das Kaffeehaus des großen Saffron Hotels gehen - und einmal sah sie ihn mit einer auffallenden blonden Frau herauskommen. Aber sie machte ihm keine Vorwürfe. Sie war in einer selbstamen Apathie befangen, als träume sie, sie schwimme bis in alle Ewigkeit durch warme, schieferfarbene Meere. Auch war sie überzeugt, daß er bald wieder eine andere Stelle bekommen würde.

Anscheinend jedoch wurde dieser Respekt einer Ehegattin in der Farbenbranche nicht allgemein geteilt. Zumindest fand Herr Schwirz nicht so bald eine neue Stelle.

Der Hoteldirektor kam mit der Rechnung ins Zimmer und verlangte sofortige Bezahlung. Und nach drei Wochen - nach einer Nacht, in der er sehr lange ausgeblieben und von Parfüm dampfend heimgekommen war - fing Herr Schwirz an, den ganzen Tag über im Zimmer herumzulungern und sich vollkommen dem Luxus seiner vorzeigtesten Klagen hinzugeben. Dann kamen die schwarzen Tage.

Es kam zu verschiedenen Szenen zwischen Herrn Schwirz und dem Hotelbesitzer (in denen sich Lina wie eine Bettlerin vorkam, die gleich verhaftet werden sollte), bis ihr Mann endlich einen Teil der Rechnung, deren Höhe sie in Erstaunen setzte, bezahlte hatte.

Herr Schwirz sagte, daß er auf die Erledigung einer bestimmten Sache rechnen, er könne inzwischen nichts machen, als einige telephonische Anrufe abwarten. So sah er in seinem Stuhl, die Füße in den Wollläden gegen das Bett gestemmt und las Detektivgeschichten, bis er einschlief. Den ganzen Tag über trank er aus Whiskyflaschen, die keine Etikette trugen. Als Lina einmal irrtümlich eine seiner Baden aufmachte, fand sie darin ein halbes Duzend Whiskyflaschen zusammen mit einigen schmutzigen Hemdkragen, und der läuerliche Geruch verursachte ihr Uebelkeit. Am Essen jedoch - daran mußte geparkt werden! Er führte sie in Restaurants, wo man für fünfzehn Cents ein Frühstück und für fünfundsamzig Cents ein Mittagessen bekam.

Lina vermied seine Gesellschaft so viel wie möglich. Frau Wade, die tüchtige Schneiderin, die unter den Frauen in der Pension ihre einzige Zuflucht war, schien zu verstehen, was vorging, und gab Lina den Schlüssel zu ihrem Zimmer. Hier sah Lina stundenlang. Kam sie dann in ihr Zimmer zurück, so gab es Streit wegen nichts und wieder nichts.

Es war ebensosehr ihr Fehler wie der seine. Sie bemühte sich nicht mehr, ihren Abscheu zu verbergen, während er, der in einem gewissen Sinn das Verantwortungsgefühl des Ehemannes hatte, oft beinahe rührend war mit seinen ewigen Entschuldigungen, daß er sie nicht „ausführen“ könne. Auch wollte er, daß sie zu ihm zärtlich sei.

Sie hörte ihm zu und erwiderte nichts, bis er wütend losfuhr: „Ihr Weiber, die ihr im Beruf gestanden habt, taugt eben nicht zur Ehe. Ihr glaubt, daß ihr zu gut seid, um einem Mann zu helfen. Ja, auch wenn ihr nie was anderes gewesen seid, als kleine Stenotypistinnen. Eigentlich hab ich nichts davon gesehen, daß du so ne Kanone geworden bist! Wahrscheinlich erinnerst du dich nicht mehr daran, wie du mich angewieint hast, daß dir die Arbeit zu viel ist! Und jetzt, wo ich ein bißchen Müdigkeit brauche, sitzt du kalt wie eine Hundeschnauze da, als wärst du mindestens Präsident der Standard Oil Company und ich ein dreißiger Laufjunge. Ja, meine Liebe, ich sage dir, das Geschäft macht doch jedes Frauenzimmer für die Ehe unbrauchbar.“

„Nein“, sagte sie, „nicht für eine Ehe, in der es ein wenig Liebe und gute Kameradschaft gibt. Aber ich gebe zu, daß eine Frau, die sich schon einmal im Beruf geplagt hat, sich nicht mehr damit zufrieden gibt, bloß die Kuh im Stall zu sein.“

„Was, zum Teufel, meinst du damit?“

„Rag sein“, fuhr sie fort, „daß die Berufsfrau sich eine neue Form der Ehe schaffen wird, in der man ihr ein wenig Höflichkeit und Respekt zeigen muß... Ich möchte nur wissen - ich möchte wissen, wieviele Millionen Frauen es in ihrem sogenannten glücklichen Heim gründlich satt haben, einfach Dienstmädchen und Wärfressen zu sein, bevor sie schließlich müde werden und sich daran gewöhnen. Das wird aber nie jemand erfahren. All diese Bücher über die Frauen, die sich selbständig gemacht haben - man würde rein glauben, daß die Ehen jetzt ganz anders geworden sind. Und trotz alledem ist es bis auf den heutigen Tag - in Panama ebenso wie in dieser Pension hier - nicht im geringsten anders. Die Berufsfrau muß ihren Mann einfach zwingen - oh, sich wenigstens zu rasieren!“

(Fortsetzung folgt.)

Technische Kunstprobleme

Von Dr. Herbert Leifgang, Wuppertal

Symptomatisch: die Vordergründigkeit der Photographie gegenüber der Malerei; symptomatisch: das Bordieren von Rundfunk und Film auf Kosten der alten theatralischen Idee; symptomatisch nicht zuletzt die wachsende Beliebtheit der Schallplatte. Das ist keine zusammenhängende Aneinanderreihung von Beispielen; der steigende Aufmarsch der modernen Kunstformen Photographie, Rundfunk, Film und Schallplatte zeigt vielmehr ein Programm, ein System, eine Weltanschauung. Die technische Kunst verdrängt die lebendige Kunst. Dies eine hatten bisher alle aufeinanderfolgenden Zeiten gemein: eine andere Form der Handwerkskunst verdrängte die bestehende. Das ist heute nicht mehr der Fall. Am deutlichsten erhellt sich die veränderte Sachlage in der bildenden, folgen wir nur ruhig in der augenblicklich unpopulärsten Kunst. Wir kennen die Sage von jenem mittelalterlichen Heidenfürsten, dem beim Anblick eines Heiligenbildes, das ihm alle späteren Höllenqualen offenbarte, derartig das Entsetzen in die Glieder gefahren sein soll, daß er in die Knie sank und sich zum Christentum bekehrte. Dies Heiligenbild dürfen wir Volkskunst im tiefsten, im lebendigsten Sinne nennen. Heute haben wir den gegensätzlichen Extremzustand erreicht, wo Bilder in Galerien vermodern. Dieser Zustand begann, als die Kunst den Anschluß an das Leben verlor. Er verschärfte sich, als die Maler immer noch einer falsch verstandenen Romantik huldigten und nicht bemerkten, daß sich ein neues Geschlecht bereits mit technisch präzisen Lebensdingen beschäftigte. Da setzte die Katastrophe ein. Heute weiß der Maler, daß es notwendiger ist, statt des einen feierlichen Sonntags den Alltag darzustellen. Aber nun ruht dieses Wissen nichts mehr. Die einmal auseinandergerissene Verbindung von Leben und Kunst konnte einen neuen Kunststil nicht entstehen lassen. Statt des einen neuen Stils entstanden ein Dutzend Experimentierstile.

Gleichzeitig aber mit dieser Tendenz zum Realistischen entstand folgendes: aus gänzlich unkünstlerischen Anfängen entwickelte sich die Photographie. Ihr ursprüngliches Endziel war ein durchaus technisches. Eine reine klare Aufnahme ohne Verzerrungen, eine möglichst getreue Kopie der Wirklichkeit galt es zu erreichen. Das Ziel wurde erreicht. Und nun begann sich eine Entwicklung anzubahnen, der man noch wenig Beachtung schenkt hat. Das ursprüngliche, jetzt erreichte Ziel dünkte uns gar nicht mehr so erhoben, es wurde vielmehr zur Basis eines neuen Zieles. Als

sich der Photograph im Besitz aller technischen Mittel und Feinheiten wußte, da broch der menschlich-spielerische Irrtrieb in ihm durch, da begann er mit seiner Fertigkeit zu spielen. Objektiv hatte er bisher das Leben gezeichnet, sich lediglich mit dem Zeichnen der Dinge begnügt. Nun begann er hinzuhorchen in das Dämmerreich der Natur, nun drang er über die Oberfläche hinaus, versuchte das Wesentliche, den Kern der Dinge zu erfassen. Mit anderen Worten: Der bisherige bloße Techniker arbeitete jetzt mit den Mitteln des Künstlers! Der neue Mensch hatte andere Erlebnisse als der frühere. Er sah im Lute abends die Bäume der Chaussee im hellen Scheinwerferlicht aufwachen, gespenstisch heranhuschen und hinter dem Bogen in unergründlichen Dunkel versinken. Er wollte nun diesen Eindruck bildhaft gefaßt haben. Und da zeigte sich, daß der mangelnde Künstler verlor. Er schuf zeitgemäße Bilder mit einer unzeitgemäßen (weil vergangenen) Technik. Ihm fehlte der Stil. Aber gerade das, was dem Maler fehlte, der zeitgebundene Stil, die Technik des Mittelalters, besaß ja der Photograph. Er hatte sie sich, bevor er künstlerisch arbeitete, in jahrelangen Übungen zu eigen gemacht. Er vertiefte sich in diese neuen Lebensindrücke und siehe da, dem Film gelang es, sie einzufangen. Der neue Stil, nach dem die bildende Kunst so lange begierig gesucht hatte, war gefunden. Der Photograph wurde der zeitgemäße Stimmungsmaßer, sein künstlerischer Entwicklungsantrieb vor der Malerei war zu groß, als daß diese ihn vorläufig zurückerobern könnte. Auf der Wende unserer heutigen beiden Generationen hat sich eine Entwicklung vollzogen, die von Bedeutung und Wichtigkeit nur mit der Erfindung der Buchdruckerkunst vergleichbar wäre: Der Übergang von der handwerklichen zur technischen Kunst!

Weltanschaulich zieht diese Erscheinung den Schlüsselstrich unter eine nachfolgende Entwicklung. Die Kunst hat aufgehört, „erhaben und feierlich“ zu sein, sie will nicht mehr als leuchtende Blume abheben vom Wege. Sie beginnt wieder den so lange verpöhten Anschluß an das Leben zu finden. Erst der Techniker konnte es gewinnen, die Kunst wieder in wahrstem Sinne volkstümlich zu machen. Denn die handwerkliche Kunst ist ihrem Wesen nach aristokratisch, ist eine kapitalistische Angelegenheit. Ein Bild wird nur einmal gemacht und kann auch nur in den Besitz eines einzigen Menschen übergehen. Die technische Kunst hingegen ist demokratisch,

man kann sie nicht besitzen, denn sie ist Allgemeingut. Ein handgemaltes Bild ist einmalig, eine Photographie, ein Film dagegen kann in derselben Quantität tausendfach reproduziert und so jedem dafür interessierten Menschen zugänglich gemacht werden.

Ein ganz ähnliches Verhältnis haben wir zwischen Theater und Rundfunk nur aus. Allerdings ist auch das Theater seiner Idee nach eine demokratische Kunstform, konnte es jedoch nur bleiben, solange wir mit bedeutend kleineren Menschenmassen und mit trennenden räumlichen Entfernungen zu zählen hatten. Eine theatralische Vorführung muß sich immer auf einen — örtlich partierenden — Zuschauerkreis einstellen. Sein Erbe tritt nun der Rundfunk ein, der theoretisch allumfassend ist, und der dieser seiner Bestimmung nach Vollendung der im Bau befindlichen Großsender auch praktisch einen guten Schritt näher kommen wird.

Als drittes Symptom bleibt noch die Schallplatte, die ein reines Gegenstück zum technisch hergestellten Bild bietet. (Die visuelle Photographie und die akustische Schallplatte ergänzen sich wesensmäßig so stark, daß einmal eine Ehe dieser beiden Kunstformen, wie wir sie heute im Tonfilm verwirklicht sehen, zustande kommen mußte.) Dem Sprechmaschinenfabrikanten Edison erging es ähnlich wie dem ersten Photographen: er freute sich kindlich über Reproduktionsergebnisse, bei deren Anhören uns heute die Haare zu Berge stehen würden. Konsequent ging die Entwicklung der Schallplatte weiter. Als Ziel schwebte die naturgetreue Wiedergabe des Tons vor, und als dieses Ziel erreicht war, da erwachte in dem Techniker das künstlerische Moment. Heute ist es möglich, eine Beethovenische Sinfonie, die so ungeheure Forderungen an den Klangkörper stellt, das tiefgründende Spiel einer Konzertsorge, Chöre, aufsteigend aus Orchester, gegenwartsnah wiederzugeben. Diese Platten, deren Klänge aus der Weite des Aufnahmeortes gewaltig brosend in uns eindringen, lösen ein ganz eigenes musikalisches Ergriffensein aus, wie wir es in dieser Art beim wirklichen Hören im Konzert nicht empfinden würden. Das heißt, die Schallplattenmusik ist heute eine Kunstform für sich geworden, sie strebt nicht mehr danach, Klänge möglichst naturgetreu einfach zu kopieren, sondern sie sucht, eine eigene Klangfarbe, ein eigenes musikalisches Empfinden hervorzuheben.

Photographie, Rundfunk, Schallplatte, diese drei Beispiele, auf die ich mich beschränke, sind Symptome. Symptome einer Kunst der Gegenwart. Noch allzuoft wird ihr Stil an falscher Stelle gesucht, indem man für zukunftsreich hält, was nur Nachwehen des alten Stils in anderer Aufmachung sind. Die moderne, zeitgefüllte, technische Kunst hat ihre ersten großartigen Erfolge bereits hinter sich, sie wird zumindest die nächsten Jahrzehnte kulturell beherrschen.

Fritz Müller-Partenkirchen: Der Strafakt

Auch im Reich der Lumpen gibt es so etwas wie Ehre. Auch der Diebstahl und Betrug hat ein Niveau, das unterschritten, einen solchen Vagabunden aus der schwarzen Kunst verstoßt. Ist so einer über den Haufen. Die Bürgergasse läßt ihn doch auch nicht beschuldigen, weil er auf der anderen Seite (sich) ein ehrgeizigerer Ruchler ist. Bleibt nur übrig, daß er seine Scharte innerhalb des Handwerks, dem er zugehörig, wieder auswehrt.

Und der Anton Schmiebus hat sie ausgewehrt, die Scharte. Eine tiefe Scharte war es. So talentlos war schon lange keine Urkunde mehr gefälscht worden. Die gefälschte Urkunde im Strafakt war darüber selbst ganz mächtig. Ein fünfjähriger Hofenträger hätte das eleganter gemacht, meinte sie.

Sie blühte den Landgerichtsrat Brückmaier, der sie eben im Strafakt zu studieren hatte, während an „Ich verlange“, schrieb sie, „eine exemplarische Bestrafung, oder — oder —“

„Oder?“ fragte der Landgerichtsrat.

„Wer was die Urkunde hinter dem „oder“ zu rascheln hatte, verstehen Landgerichtsräte nicht. Es geht über ihren Kopf weg.“

Ueber besagten Kopf weg stand ein Mann mit einer blauen Brille auf der Nase, einem blauen Federhalter hinterm Ohr und einem Stoß von blauen Ästen unterm Arm. Besagte Gegenstände waren als Personalausweis taun nötig. Die leicht gebückte Haltung, die immer reumüde in der Richtung nach den vierhundert-fiebenundfünfzig Amtszimmern des Justizgebäudes, stempelte den Mann zu einem der siebenundachtzig Boten, die tagaus, tagein die verbindenden Ästen zwischen den Justizgefassen zogen.

„Sie wünschen?“

„Herr Landgerichtsrat Roderich lassen Herrn Landgerichtsrat Brückmaier um den Strafakt Anton Schmiebus bitten.“

„Kann ich nicht entbehren.“

„Herr Landgerichtsrat Roderich wollte —“

„Wollte?“ Inquirte es überm Strafakt, „man sollte wissen, daß Strafakten nicht aus der Hand gegeben werden — und übrigens, was will der Herr Kollege denn mit meinem Strafakt Anton Schmiebus?“

„Er will — er will — er hat, so weit ich es verstehe, einen ähnlichen Fall, für den er sich gern als Ruchler —“

„Im, als Ruchler? — ja, als Ruchler? — na also, wenn ich sicher sein kann, den Akt innerhalb — innerhalb —“

„Herr Landgerichtsrat wollen sich versichert halten, daß der Akt innerhalb einer Viertelstunde wieder zurückgestellt ist — ich garantiere Herrn Landgerichtsrat.“

„Sie garantieren?“ brummte es halbglücklich, „na, wenn jetzt unsere Herren Boten gar schon garantieren, kann es uns an Landgerichte nicht mehr fehlen — sagen Sie das dem Herrn Kollegen.“

„Werde nicht verfehlen — nicht verfehlen — empfehle mich Herrn Landge —“

„Was? empfehlen? Ich empfehle mich Herrn Landgerichtsrat Roderich. Boten haben sich nicht zu empfehlen. Empfehlen Sie sich!“

„Empfehle mich — empfehle mich nicht — empfehle mich...“ stotterte der Blaue mit dem Akt hinaus.

„Stotterte?“ dachte der Landgerichtsrat über einem andern Akt, „stotterte? Lang das nicht wie Richtern? Der Mensch muß nicht normal sein. Alles wird jetzt minderwertig. Was man jetzt für Botenmaterial am Landgericht einstellt — einstellt...“

Er vertiefte sich in den neuen Akt. Der neue Akt war schwärzlich. Bissel auch war er noch nicht reif. Jedenfalls kam er noch einer Viertelstunde noch zu seinem Urteil. Auch nach einer halben Stunde nicht. Nach einer Stunde schob er den Akt feuliegend zurück: „Unzulänglich. Ich will doch lieber erst den Akt Anton Schmiebus — ja, Kollege Roderich — was, eine Stunde schon vorbei — hm, nicht nur Akt, auch Kollegen scheinen unzulänglich...“ rrr, rrr, rrr, verbinden Sie mich mit Zimmer zwei-hundert-fiebenundzwanzig — rrr, Herr Kollege, können Sie mir den Akt wieder heruntergeschicken — welchen Akt? aber Herr Kollege, den Strafakt Schmiebus doch — wie, Sie können keinen Strafakt Schmiebus? — erlauben Sie, vor einer Stunde schickten Sie mir Ihren Boten — wie, keinen Boten geschickt? — nun muß ich aber

bitten, Herr Kollege, sich nicht lustig über mich zu machen — wie, ich verzeihe Sie? da soll denn doch ein Donnerwetter...“

Das Donnerwetter blieb nicht aus. Es entlud sich über einem Strafakt, der verschwunden war. Der verschwunden blieb. Der nach Umfluß der üblichen Einzelzeit vom Landgerichtsdirektor zur Prozessverhandlung angemahnt wurde. Ein Prozess, der mangels der mit dem Akt verschwundenen gefälschten Urkunde nicht anberaumt werden konnte. Der verschoben werden mußte. Der in alle Ewigkeit verschoben hätte werden müssen, wenn sich die Kollegen des Anton Schmiebus nicht dorthin verwundert hätten. Wenn nicht Anton Schmiebus ab der Frage gar so verschmitt gelächelt hätte. Wenn nicht die Kollegen von der schwarzen Kunst gar so

höhnisch die Verschmitttheit angezweifelt hätten. Wenn nicht Schmiebus die Geschichte seinen freundschaftlichen Genossen zum besten gegeben hätte, wie man seinen eigenen Strafakt aus dem Landgericht herausschalt, wohlerfiehlt zwischen die Retze streckt und selig darauf schlief seit Wochen.

Wenn nicht die Geschichte gar zu gut gemeint wäre, das selbst Jungstgenossen sie für sich behalten hätten können. Wenn nicht infolgedessen eine Hausdurchsuchung, beziehungsweise Retzeunter-suchung —

Ja, sich wegen einer vermuteten Dokumentfälschung bei seinen Jungstgenossen mit einem Reiterstreiche wieder verabschieden, das ist möglich. Unmöglich aber ist's, das Maul zu halten.

Na, kurz und gut, seit dieser Zeit haben die siebenundachtzig Boten des Landgerichts Wünschen des Vergnügens, bei ihren täglichen Bestellungen von den Herren Landgerichtsräten erheblich mehr — begierig zu werben.

Das Land des Sauerkrauts

Gerade um die Zeit, wenn die Hühnerjagd im besten Gange ist, taucht auch das junge Sauerkraut auf, das, wenn es das knusprig gebrauchte Rehwild unkränzt, besonders gut mundet. Und weil das Wort „Sauerkraut“ als Fremdwort in viele fremde Sprachen übernommen worden ist, glaubt man allgemein, daß dieses wohl-schmeckende Gericht ein altes deutsches Essen sei. Das ist aber gar nicht der Fall. Im Mittelalter war das Sauerkraut noch ganz unbekannt; in der deutschen Schriftsprache taucht das Wort Sauerkraut erst im 16. Jahrhundert auf, obgleich der Weißkohl, der uns das Sauerkraut liefert, längst zu den Pflanzen gehörte, die man, wie Karl der Große es einst angeordnet hatte, in den „Krautgärten“ zog. Das weiße Kraut war damals nicht sonderlich geschätzt, weil man es noch nicht verstand, es in der den Kern fest umschließenden Koppform zu züchten. Die Wäcker saßen so locker nebeneinander, daß sich kaum eine Koppbildung erkennen ließ. Die Herstellung des Sauerkrauts ist nun nicht von den Deutschen erfunden worden, sondern vielmehr von den Slawen, den Russen und Polen, die das ledere Gericht bei uns einführen. Als man das Sauerkraut in Deutschland kennenlernte, wurde es freilich bald so beliebt, daß man im Ausland die Deutschen spöttisch die „Sauerkrautesser“ nannte. In Amerika muß sich der deutsche Einwanderer anfangs sehr bemühen, nicht „zu tief im Sauerkraut zu stecken“, womit man jetzt will, daß er sich möglichst schnell vom allgemahnten Brauch frei machen möge. Ist er dann ein tüchtiger Kerl geworden, so heißt es von ihm, daß er „deutsches Sauerkraut“ gegessen habe, denn das bedeutet wieder, daß er etwas leisten kann.

In Amerika ist übrigens Sauerkraut gerade in der jüngsten Zeit sehr beliebt geworden. Es hat sich sogar ein „Sauerkrautbund“ gebildet, dessen Mitglieder es sich zur Pflicht machen, für das Sauerkraut zu werben. Der Bund hat ein Kochbuch herausgegeben, in dem sich 45 neue Sauerkrautrezepte finden! Wenig verlockend klingt es dagegen, wenn man hört, daß man in Kalifornien neuerdings einen Sauerkrautlieferanten herstellt, von dem es heißt, daß er überaus anregend und zudem auch blutreinigend wirken soll. Durch das Trinken dieses Likörs soll, so behaupten die amerikanischen Sauerkrautfreunde, besonders die Arbeitsfähigkeit gesteigert werden, was man auch zahlreich zu bemerken sucht. Jedenfalls hat das Sauerkraut in Amerika viel mehr Liebhaber, als man gewöhnlich annimmt. Es ist im Laufe der Zeit ein ganz amerikanisches Essen geworden. Vor einiger Zeit machte ein Amerikaner den Vorschlag, man solle dem guten Gericht doch endlich auch einen echt amerikanischen Namen geben und es „Liberty-Cabbage“, „Freiheitskraut“ nennen. Aber der amerikanische Patriot ist mit diesem Vorschlag noch nicht durchgedrungen.

Die Umwandlung des rein gehobellen, gemürzten und gefalzten Weißkrautes, das, fest in das Faß eingestampft, ein paar Wochen lang ruhen muß, in das angenehm säuerlich schmeckende Sauerkraut, beruht auf einem ziemlich komplizierten Prozeß. Um diese Umwandlung zu bewirken, müssen Milliarden der winzigsten Organismen miteinwirken; sie vermehren sich und zerlegen den Weißkohl, bis er den Geschmack erhält, der uns zuzieht. Zuerst sei Be-

welen sind dabei tätig: Hefepilze und die sogenannten Sauerkrautbakterien (*Bacterium brassicae acidae*). Kraut, das man ohne die Hefepilze zu säuern versucht, blieb ganz geschmacklos. Auch die Haltbarkeit des Sauerkrauts beruht auf der Regelmäßigkeit der Bakterien, die aus dem im Kraut enthaltenen Zucker die säurebildende Milchsäure erzeugen, die auch zur Gärung führt. Nur dann, wenn der Salzgehalt zu groß ist, kann diese Gärung nicht stattfinden, weil in zu kräftiger Salzlösung die Bakterien nicht mehr leben können.

Die meisten Menschen halten das Sauerkraut für ein besonders schwerverdauliches Gericht. Diesen schlechten Ruf verdient es aber gar nicht, denn unter den säuerlichen schweren Kostarten ist es infolge seiner Gärung jedenfalls die am leichtesten verdauliche Speise. Die erwähnte Milchsäure ist außerordentlich bekömmlich, da sie den Darm entgiftet und anregt. Man nimmt deshalb dem Sauerkraut auch seine besten Eigenschaften, wenn man es vor dem Kochen tüchtig wäscht oder gar brüht; viel besser ist es, das Kraut, wie man es auf das Feuer legt, nur flüchtig zu spülen oder leicht auszu-drücken. Die Verwendung von Sauerkraut ist sogar in die Volksheilkunde eingedrungen. Schon das Heer Napoleons soll im Verlauf seines unglücklichen Rückzuges aus Rußland das Sauerkraut verwendet haben, um sich gegen Frostschäden zu schützen. Es ist auch heute noch üblich, bei leichten Entzündungen oder Infektions-schwemmungen Umschläge mit rohem Sauerkrautwasser aufzulegen. Roh verzehrt bildet das Sauerkraut endlich auch ein wohlschmeckendes Gericht des Rohkostlers.

Schließlich ist das Sauerkraut auch in das deutsche Sprichwort und in Redensarten übergegangen. „Geduld überwindet Sauerkraut“, lautet ein altes Sprüchlein, während ein anderes sagt: „Sauerkraut stillt auch die Haut.“ Im Schwäbischen heißt es von einem, der sich oft überdölpeln läßt: „Er läßt sich auf dem Sauerkraut essen“; als wahrer Schlaraffenlandzustand gilt es, „wenn's Sauerkraut regnet und Butterbrod schneit“. „Sauerkrautdieb“ ist daher auch ein schämiger Schimpfname. Dagegen kann sich ein Wirt nicht viel darauf einbilden, wenn man seinen Wein eine „Sauerkrautbrühe“ nennt.

Kriminalbiologische Forschungsstellen. Nach einer Verfügung des preussischen Justizministers sind bei verschiedenen Gefangenenanstalten jetzt Forschungsstellen für die kriminalbiologische Untersuchung von Gefangenen eingerichtet worden. In diesen Instituten wird die körperliche und geistige Struktur der Gefangenen untersucht; man forscht den Ursachen für ihr strafbares Handeln, ihren angeborenen und erworbenen Anlagen nach und sucht Anhaltspunkte für ihre Behandlung während des Strafzuges zu gewinnen. Die Ergebnisse sollen auch bei neuen Strafverfahren zur Beurteilung der Verantwortlichkeit des Angeklagten und seiner Tat herangezogen werden. Die Untersuchungen erstrecken sich auf alle Fälle, bei denen es sich um Verbrechen wider das Leben, die Eitelkeit, um Raub und Erpressung, Brandstiftungen und Strolcherei verurteilbarer Verbrecher handelt.

Der Name Laifun, womit man schwere Wirbelstürme der Südsee bezeichnet, kommt aus dem Chinesischen und bedeutet in der wörtlichen Uebersetzung großer Wind (Tai Fungo).

Auch eine Teerfarben-Internationale?

Die Aufhebung des englischen Farbstoffgesetzes führt dazu.

Erst vor wenigen Wochen haben sich die hauptsächlichsten Chemieguppen der Welt zusammengefunden, um ein internationales Stickstoffkartell zu schaffen, das den Weltmarkt — von den Vereinigten Staaten und einigen Teilen des Fernen Ostens abgesehen — ziemlich lückenlos beherrschen dürfte. Nunmehr scheint eine weitere ähnlich wichtige Organisierung der internationalen chemischen Industrie bevorzustehen: ein internationales Farben- und Farbstoffsyndikat. Einige Hauptbedingungen sind hierfür bereits gegeben:

1. Die Farbstoffindustrien Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz, die zusammen 55 bis 60 Proz. der Weltproduktion stellen, sind bereits seit über zwei Jahren durch Interessengemeinschaftsverträge miteinander verbunden;

2. diejenigen Gruppen, die eben das internationale Stickstoffsyndikat schufen, sind teilweise die gleichen, die für ein internationales Farbstoffsyndikat in Frage kommen;

3. die internationale Textilindustrie hat den Farbstoffabsatz erschwert und läßt allen beteiligten Gruppen eine internationale Vertiefung geboten erscheinen;

4. der Regierungsschutz, den die britische Farbenindustrie jahrelang geboten hat, scheint nunmehr abgebaut zu werden; dies würde den Weg zu einer Verständigung der kontinentalen mit den britischen Produzenten freimachen.

Vor dem Kriege hatten Deutschland und die Schweiz in der Teerfarbenherstellung eine Art Weltmonopol. Während des Krieges entstanden in allen Industrieländern, unterstützt durch die Regierungen, insbesondere in England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Japan, eigene Teerfarbenindustrien, nicht nur, um Stoffe zu färben, sondern auch aus militärischen Gründen: diese chemischen Verbindungen lassen sich bekanntlich sehr leicht zur Giftgasproduktion verwenden. Infolgedessen war nach dem Kriege von einem deutsch-schweizerischen Monopol keine Rede mehr. Die Ueberproduktion veranlaßte eine engere Zusammenarbeit der deutschen mit der französischen und später auch mit der schweizerischen Industrie.

Dennoch steht auch heute noch Deutschland in der Teerfarbenindustrie der Welt an erster Stelle. Es ist heute noch größter Produzent und insbesondere auf dem Gebiet der Kupferfarben von ausländischen Wettbewerbern unübertroffen. Von der Weltproduktion des Jahres 1928 entfielen mengenmäßig etwa 85 000 Tonnen auf Deutschland, das sind etwa 44 Prozent der Welt, auf die Schweiz 5,6 und auf Frankreich über 8 Prozent, auf den deutsch-französisch-schweizerischen Block insgesamt also etwa 57 bis 58 Prozent. Wertmäßig — der Wert der internationalen Teerfarbenproduktion wird von deutscher Seite mit 700 Millionen Mark angegeben — ist der deutsche Anteil wohl noch höher.

Die Rolle der englischen Schuhpolitik.

Die englische Produktion machte 1928 etwa 23 000 Tonnen aus, nicht ganz 12 Prozent der Weltproduktion. Die englische Farbstoffindustrie konnte diesen hohen Anteil aber nur durch besondere künstliche Schutzmittel erreichen. Ursprünglich war der hauptsächlichste englische Produzent die British Dyestuffs Corporation. An ihr war die britische Regierung beteiligt. 1925 mußte die Gesellschaft saniert werden, wobei die englische Regierung insgesamt 22 Millionen Mark zulegte. Später wurde die British Dyestuffs Corporation ein Glied des britischen Chemietrusts (Imperial Chemical Industries Ltd.). Ferner besteht seit 1920/21 ein besonderes englisches Gesetz, wonach jeder Farbenimport nach Großbritannien verboten ist. Ausnahmen werden nur gestattet, wenn eine hierfür speziell eingesetzte Kommission es erlaubt. Schließlich wurden alle synthetisch-organischen Chemikalien, d. h. auch die Teerfarben, mit einem Zoll belastet, der 33½ Prozent des Wertes betrug. Trotz aller dieser Bestimmungen und Erbschmerzungen mußten auch von Großbritannien deutsche Farbstoffe noch in großem Umfang eingeführt werden, vor allem, da es nicht gelang, die wach- und lichtechten Farbstoffe in genügendem Umfang und geeigneter Qualität herzustellen.

Seit Jahr und Tag bemühen sich die englischen Textilindustriellen als Hauptverbraucher, in diese Rauern von Schutzbestimmungen Breschen zu schlagen. Bisher war es vergeblich. Nun läßt jedoch Anfang kommenden Jahres das Einfuhrverbot ab. Ein eigens hierfür eingesetzter Ausschuß (Dyestuff Industry Development Committee) stellt jedoch fest, daß es unzulässig sei, diesen Schutz zu verlängern. Es wird gesagt, die britische Farbstoffindustrie sei zwar in der Lage, Massenware herzustellen, aber nicht hochwertige Farbstoffe; diese würden auch heute noch aus Deutschland eingeführt.

Der Weg zum Weltfarbentkartell.

Unter diesen Umständen ergibt sich für die britische Farbstoffindustrie — d. h. praktisch für den britischen Chemietrust — eine neue Situation: Man will Mitglied des deutsch-französisch-schweizerischen Blocks werden, um sich endgültig eine möglichst hohe Quote am Weltmarkt zu sichern. Schon vor einigen Wochen hörte man von einer neuen Fühlungnahme nicht nur mit den Engländern, sondern auch mit den Italienern. Würden hieraus feste Vereinbarungen entstehen, so wären fast drei Viertel der Welt-Teerfarbenproduktion in einem Block vereinigt. Die englische Industrie dürfte an einer solchen Kartellierung das Hauptinteresse haben: es würde dem britischen Chemietrust den Markt auch ohne das nun wohl wegfallende Einfuhrverbot vor unliebsamen Wettbewerbern sichern. Die englischen Farbenverbraucher werden aus dem Regen in die Traufe kommen.

wendet werden soll) habe bis jetzt 300 000 Tonnen erreicht. Das erforderte einen Zuschuß von rund 20 Millionen Mark, während der Export der gleichen Menge 40 Millionen gekostet hätte.

Auf jeden Fall haben die Schwierigkeiten beim Roggenabsatz dazu geführt, daß man, wie Dr. Baade ankündigte, den Futtermittelzoll jetzt in solchen Fällen herabsetzen will, wo neben der ausländischen Futtermittelproduktion ein erheblicher Überschuss an heimischer Futtermittelproduktion besteht. Der Zoll soll von 12 auf 6 R. (also völlig ungenügend) herabgesetzt werden. Nach unserer Auffassung kann die Kombination zwischen Coßinrogeren und niedriger verzollter Futtermittelproduktion die Bestrebungen, den deutschen Roggenüberschuss in Deutschland zu verfrachten, fördern. Notwendig bleibt auch dann eine erhebliche Einschränkung des Roggenanbaues. Im Rahmen der im ganzen so überaus schädlichen Schieleischen Politik ist der Entschluß, auf die schon früher von der Sozialdemokratie geforderte Verringerung des Futtermittelzolls bei entsprechender Befruchtung von Coßinrogeren zurückzugreifen, immerhin ein gewisser Fortschritt. Allerdings kommt es auf die Durchführung an; der Zollsatz von 6 R. ist unbedingt zu hoch. Zollfreiheit wäre das Beste. Es wird sich zeigen müssen, ob die neue Trumpfpartie des 6-Mark-Futtermittelzolls nicht die Landwirtschaft hätte nicht geschädigt zu werden brauchen, es wären viel weniger Millionen verbraucht worden, wenn die von der Sozialdemokratie geforderte Befruchtungspolitik — ohne den übrigen Schieleischen Wahnsinn — früher begonnen worden wäre.

Nun gerade neue Kartelle. Ein Riesenkartell der Motorradindustrie.

Im Zeitalter des „Kartellabbaus“ hat sich soeben ein neues Riesenkartell gebildet, das mit allen möglichen Schutzmaßnahmen ausgestattet ist; dieser Gründung kommt leider eine größere Bedeutung zu als dem ganzen Theaterfeldzug der Reichsregierung gegen die Kartelle.

Die „Vereinigung der Motorradfabriken“, d. h. das jüngst gebildete Motorradkartell, hat mit den drei maßgebenden Organisationen des Motorradhandels eine Vereinbarung getroffen, durch die der Motorradhandel kontingentiert wird, ähnlich wie es vor einhalb Jahren mit dem Reifenhandel geschehen ist. Den Anlaß dazu bildet vorgeblich die Ausbreitung der kleinen Händler, die von den „Offiziellen“ verächtlich als „Stubenhändler“ bezeichnet werden. Es sind das Leute, die das Rezept der kapitalistischen Größen verfolgen und von unten anfangen, um reich zu werden.

Den Motorradfabriken sind ihre Verkaufspreise zu niedrig, und so beliefert man in Zukunft nur noch die alte Händlerzunft. Jeder einzelne von den Fabriken anerkannte Motorradhändler muß sich durch einen Revers verpflichten, keinerlei Preisnachlässe oder Zugaben mehr zu gewähren. Die anerkannten Händler müssen sich weiterhin verpflichten, ausschließlich von Mitgliedern des Kartells der Motorradfabriken zu beziehen. Durch diese Ausschließlichkeitsklausel wollen die Kartellfabriken die restliche Außenweltkonturrenz sich unterwerfen, die nur noch etwa 2 Proz. der deutschen Motorradindustrie (einschließlich der Montagemerke) umfaßt. Verhandlungen über einen Beitritt der noch Deutschland importierenden maßgebenden Auslandsfabriken sind eingeleitet. — Das Motorradkartell ist also dem Gummireifenkartell nachgebildet, das schon zu den verhängnisvollen Klagen Anlaß gegeben hat.

Selbstverständlich wird die vorgenommene Vereinfachung von Unterbietungen der Listenpreise für Motorräder den Beschäftigungsgrad der Industrie verschlechtern und neue Arbeitslose schaffen, weil ja zunächst nur die Gelamverkäufe zurückgehen müssen.

So geschehen mitten in einer Kartellaktion der Reichsregierung, die Maßnahmen zur Preisstabilisierung und den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen mit einer riesigen Staatsaktion bekämpft. Die Gründung zeigt, wie die deutschen Unternehmer den „Ernst“ der Regierungsaktion einschätzen.

Wie sie's eilig haben.

Eine Flut von Verschmelzungen zur Steuererparnis. —

Am 30. September tritt wieder die normale Fusionssteuer in Kraft und die bisherigen Ermäßigungen kommen in Wegfall. Deshalb wird jetzt eine kleine Flut von Fusionsplänen bekannt, die alle noch vor Ende des Monats in den Generalversammlungen unter Dach und Fach gebracht werden sollen.

Die „Janus“ Hamburger Versicherungs-A.-G. will die ihr nahestehende Affekuranz Union von 1865 mit sich verschmelzen. Die entscheidende Generalversammlung findet fünf Tage vor Ablauf der Steuerermäßigung statt. Der Senat des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung hat zugesagt, die Fusion

Wieder ein Pelz gewaschen

... ohne daß er naß wurde.

Die Reichsregierung hat wieder ein Kartellaktionschen unternommen. Genauer gesehen, handelt es sich um einen Versuch zur Hebung der Kartellmoral.

Der Reichswirtschaftsminister hat an die Länderregierungen ein Schreiben gerichtet, in dem er ihnen empfiehlt, die Beachtung des vom Reichswirtschaftsrat aufgestellten Grundgesetzes der „Preiswahrheit“ im Handel mit Brennstoffen und Kautschukwaren zu kontrollieren. Mit anderen Worten: Gebundene Brennstoff- und Ziegelpreise sollen dort, wo sie bereits häufig unterboten werden, auch in den Preislisten der örtlichen Verkaufsvereine und Händlerverbände auf einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Stand gebracht werden. Die Landesregierungen werden vom Reichswirtschaftsminister gebeten, bei den betreffenden Organisationen darauf hinzuwirken.

Es handelt sich, wie bei dem ersten Kartellaktionschen, auch hier nur um Maßnahmen zur Wänderung papierner Ziffer an Stelle einer Verbilligung der Waren, wie sie der Konsument und die Gesamtwirtschaft braucht. Auch ist zu beachten, daß der Reichswirtschaftsminister den Ländern nahelegt, die „Preiswahrheit“ nur dann als verletzt zu betrachten, wenn die Unterbietungen bereits allgemein gemordet sind. Was nützt in diesen Fällen noch die papierne Preisberabsetzung, über deren Ausmaß man sich auch noch vorsichtig ausschweigt?

Die Reichsregierung hat wieder ein Stückchen Pelz gewaschen, ohne es naß zu machen. Daß trotz der guten Absichten, von denen Beamte im Reichswirtschaftsministerium bei der Aktion gegen die Kartelle geleitet werden, nur die allgeringsten Maßnahmen von der Regierung verwirklicht werden, ist eine klare Bescheinigung für die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Reichsregierung, die ja von der Industrie abhängig ist.

Über diese Regierung soll noch eine Bewährungsfrist haben. Auch Eisen und Kohle werden von den Syndikaten nicht mehr zu Listenpreisen verkauft. Wir wollen Unrecht haben mit unserer Kritik, wenn die Reichsregierung beispielsweise die Durchsetzung der Preiswahrheit bei Eisen und Kohle mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln erringen wird.

Um die Roggenpolitik.

Der Futtermittelzoll soll gesenkt werden.

Reichskommissar Dr. Fritz Baade nahm am Freitag Gelegenheit, sich über die Roggenstützungssaktion zu äußern, die in den letzten Tagen eine scharfe Kritik erfahren hat. Dr. Baade wies u. a. darauf hin, daß der sich im neuen Erntejahr ergebende Ueberschuß von 800 000 Tonnen nicht zum Schaden der Reichskasse exportiert werden solle, sondern der Verfrachtung in Deutschland zugesagt werden müsse. Die Abgabe von Coßinrogeren (d. i. Roggen, der durch Farbe kenntlich gemacht ist und für die Viehfütterung ver-

Ob eine Frau schön oder nicht schön ist . . . darüber läßt sich streiten. Ob sie aber gut angezogen ist oder nicht . . . darüber gibt es keinen Zweifel! In Erkenntnis dieser Wahrheit achtet die kluge Frau auf ihr Äußeres. Der tadellose Schuh ist für sie von besonderer Wichtigkeit. Er soll elegant — und zweckmäßig, bequem — und doch graziös, dauerhaft — und aus feinstem Leder gearbeitet sein . . . Eigenschaften, die jeden Hess-Schuh auszeichnen! M. & S. HESS SCHUH-FABRIK, ERFURT



NUR EIN PREIS
Damenschuhe 16.60 RM
Herrenschuhe 18.80 RM

Hess Schuhe

„...sie verlieren nicht ihre Form“



